

**77**

Mai/Juni '99  
14. Jahrgang  
DM 3,00  
ISSN: 1436-7823

# Antifaz

**Zeitung gegen Rassismus,  
Faschismus und Imperialismus**  
für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

## Weitere Themen:

- 1. Mai 1999
- Ostermärsche
- Wahlen in der Türkei
- Antifa-Festival Ruhr
- Demonstration gegen Frauen-Abschiebeknast in Neuss
- Nazis in Witten
- EuroMärsche in Köln

## Titelthema: NATO-Krieg



**Inhaltverzeichnis**

<b>Editorial</b>	3
<b>Bericht</b>	
1. Mai – Wenig Berichtenswertes	12
Dortmunder Demo gegen NATO-Krieg	15
2. Antifa-Festival Ruhr	27
Ostermärsche	29
Wahlen in der Türkei	33
Nazis in Witten	39
<b>Ankündigung</b>	
Demo gegen Frauenabschiebeknast in Neuss	17
Demo gegen Nazi-Aufmarsch in Köln	38
Euromärsche in Köln	44
<b>Interview</b>	
Mit Mehmet Baran, Generalsekretär der KKP	35
<b>Diskussionsbeitrag</b>	
Der NATO-Krieg in Jugoslawien	4
<b>Dokument</b>	
1. Mai – Internationale Solidarität mit den Völkern auf dem Balkan	14
<b>Kurznachrichten</b>	
News aus dem Revier	42
<b>Leserbrief</b>	42
<b>Material</b>	A – H

**Eigentumsvorbehalt**

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Abonnementsbedingungen:**

Einzelabonnements/Jahr 27 DM  
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

**Impressum**

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch  
Oerweg 28  
45657 Recklinghausen  
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:  
Bert-Brecht-Zentrum  
Herner Str. 43  
45657 Recklinghausen

Tel./Fax: 02361/21686

Redaktionssitzung:  
Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:  
BLZ: 430 500 01  
Konto-Nr.: 334 010 27  
(Stichwort „AntifaZ“)  
Sparkasse Bochum  
Inhaber: K. Dillmann

**Redaktionsschluß Nr. 78: 28.06.1999**

## EDITORIAL

Der **Angriffskrieg der NATO** gegen die **Föderative Republik Jugoslawien** überschattet alle Ereignisse - seit 1945 ist die das erste Mal, dass sich **Deutschland wieder im Krieg** befindet.

Das scheint allerdings noch immer nicht in den Köpfen vieler Menschen angekommen zu sein, vielmehr verfrängt die herrschende Ideologie bei vielen noch, dass nicht die NATO Krieg führe, sondern ein Herr namens Milosevic, der wie weiland ein Herr namens Hitler sein eigenes Volk abschlachte - die **NATO als Vertreter des Menschenrechts** sei nun dabei, diesem Schlächter das Handwerk zu legen, so, wie es vor fünfzig Jahren die Anti-Hitler-Koalition mit Herrn Hitler vollbracht habe.

Selbstverständlich sind wir AntifaschistInnen angesichts dieses Krieges gefordert, Stellung zu beziehen, gerade angesichts der Tatsache, dass uns die Herren Scharping und Fischer einzureden versuchen, wir ständen heute vor der Alternative, *zwischen* "Nie wieder Krieg" und "Nie wieder Faschismus" entscheiden zu müssen.

Der Krieg der NATO hat mit dem antifaschistischen Krieg der Völker gegen den deutschen Faschismus nichts, aber auch gar nichts, gemeinsam, außer der Tatsache, dass viele Menschen ihn deshalb unterstützen, weil sie glauben, er sei die einzige Chance, um dem verbrecherischen Regime in Beograd das Handwerk zu legen, er sei die einzige Möglichkeit, den Kosovo-AlbanerInnen zu ihrem Selbstbestimmungsrecht zu verhelfen.

Das wäre das erste Mal in der Geschichte, dass der Imperialismus einem Volk sein Selbstbestimmungsrecht erkämpft hätte !

Die Regierung in Beograd ist nationalistisch und antidemokratisch, sie betrieb und betreibt eine Politik gegen die übrigen Völker auf dem Balkan und sie unterdrückt die Kosovo-Albaner national und sozial - aber sie ist nicht gleichzusetzen mit dem deutschen Faschismus.

Über die Strategie der NATO und ihre Interessen muss geredet werden und eine weltweite Bewegung gegen den NATO-Krieg unterstützt werden.

Die **Bewegung für nationale Freiheit und Selbstbestimmung der Kosovo-Albaner** ist - wie die der KurdInnen - gerecht, gerecht ist auch, diesen Kampf notfalls bewaffnet zu führen.

Sich dabei, wie seitens der UCK, auf die NATO zu stützen, ist illusionär und macht die Freiheitsbestrebungen zu einem Instrument der NATO bei der Durchsetzung ihrer strategischen Ziele. Einzige Alternative zur NATO-Aggression ist eine Bewegung der internationalen Solidarität der Völker, der Solidarität mit den Völkern auf dem Balkan und der übrigen Welt.

Die KurdInnen standen und stehen vor der gleichen schwierigen Aufgabe, die bittere Lehre, die ihnen der Imperialismus erteilt hat, zu bewältigen: Öcalans Versuch, Widersprüche zwischen den USA und den europäischen Staaten zu nutzen, ist gescheitert, die PKK muss und wird ihre Schlussfolgerungen aus dieser Erkenntnis ziehen. Angesichts des NATO-Krieges treten die **innenpolitischen Widersprüche** in den Hintergrund.

So konnte die rot-grüne Regierung Maßnahmen wie ihr **Gesetz zur "erleichterten Einbürgerung"** ohne große Diskussionen über die Bühne bringen, welches weder die generelle Hinnahme der **doppelten Staatsbürgerschaft** festlegt noch das bestehende **reaktionäre Staatsbürgerschaftsrecht** (ius sanguinis) außer Kraft setzt.

Am **1. Mai** wurde deutlich, dass die **Gewerkschaftsführung** in jeder Hinsicht Erfüllungsgehilfe deutscher Politik ist - es gab **keine Kritik am NATO-Krieg**, die kam nur von einzelnen Gewerkschaften wie den IG Medien und der GEW oder von örtlichen Gewerkschaftsvertretern.

Zum ersten Mal seit Monaten wurde eine **NPD-Demonstration** vom Bundesverfassungsgericht verboten, der geplante NPD-Aufmarsch am **1. Mai in Bremen** wurde mit massiven Polizeikräften verhindert, die Demonstration von 3000 AntifaschistInnen dagegen geduldet.

Doch dies deutet keine 'neue Linie' des Staates gegenüber den Neonazis an, schon am **24. Mai in Köln** wird dies wieder anders aussehen. Der Grund für das Verbot am 1. Mai in Bremen dürfte eher darin zu sehen sein, dass dieser Staat seine Polizeieinheiten nicht in noch größere Verwirrung stürzen wollte, wenn sie eine Anti-NATO-Demonstration unter NPD-Fahnen gegen antifaschistische GegnerInnen zu schützen hätten.

Beim **NPD-Aufmarsch gegen die Wehrmachtausstellung am 22. Mai in Köln** dürften die Fronten dann wieder klarer sein.

In **Berlin war am 1. Mai** 'alles wie gehabt': Die Berliner Polizeiführung, die zu Beginn der "revolutionären" Mai-Demo noch Propaganda-Polizisten "gegen Gewalt" einsetzte, verlor schnell die Lust an diesem Spiel und löste die Demonstration nach kurzer Zeit mit massiver Gewalt auf.

Am **29. Mai** wird, organisiert von den **Euro-Märschen**, in Bonn eine bundesweite **Demonstration gegen den NATO-Krieg** stattfinden - alle AntifaschistInnen sind aufgefordert, sich daran zu beteiligen.

Für die Redaktion

WT

## Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien



Foto: Reuter

„Niemand soll Serben schlagen dürfen!“ (Slobodan Milosevic, nachdem sich nationalistische Serben darüber beschwert hatten, von kosova-albanischen Polizisten mißhandelt worden zu sein) Die einen bombardieren „mit unverminderter Härte“, die anderen morden und vertreiben am Boden „unbeeindruckt“ weiter. So kommen zwei Monate nach Beginn Tag für Tag die Meldungen vom Krieg der NATO gegen Jugoslawien über die deutschen Fernsehsender. Einerseits läßt man das Scheitern des Luftkrieges durchblicken, der ja den bedrängten Menschen in Kosova helfen sollte, andererseits liefern die ständigen Flüchtlingsströme eine Rechtfertigung zum Weitermachen, und dabei bleibt auch die Option des Einsatzes von Bodentruppen offen. Vorreiter bei einer Verschärfung der Propaganda sind die USA, die nach 8 Wochen Luftkrieg erklären, sie befürchteten, daß rund 100.000 albanische Männer von „den Serben“ ermordet worden seien, und zugleich immer fadenscheiniger „dementieren“, dass Bodentruppen auf ihren Einsatz vorbereitet werden. Überhaupt sieht es so aus, als hätten die USA das Nachrichtenwesen über den Krieg fest in eigener Hand, und sie nutzen es geschickt, geschickter jedenfalls als 1991 beim Golfkrieg.

Vor etwa 20 Jahren schrieb ein englischer General ein Buch, dem er den Titel *Der dritte Weltkrieg* gab. Er entwarf ein Kriegsszenario, das seinen Ausgang auf jugoslawischem Boden nahm. Die instabilen Verhältnisse dort hatten zu einer Konfrontation der beiden großen Machtblöcke geführt und waren in einen Weltkrieg gemündet. Diese Instabilität ist heute dort vorhanden, nicht zuletzt dank einer Politik der Westmächte, allen voran der USA und Deutschlands, die auf Destabilisierung zielten, um sich selbst auf dem Balkan festzusetzen.

### Kosova - der „gordische Knoten“ auf dem Balkan

Der „gordische Knoten“ auf dem Balkan ist das Gebiet Kosova. Hier fing der Konflikt, der zum Auseinanderbrechen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien geführt hat, an. Der Konflikt wurde, obgleich er bereits 1989/1990 bürgerkriegsähnliche Ausmaße erreicht hatte, von den Westmächten lange Zeit in den Hintergrund gedrängt und durch die kriegerischen Auseinandersetzungen um die neu entstandenen Staaten an der Adriaküste - Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina - aus dem

Blickfeld gerückt.

Kosova - insbesondere Nord-Kosova - ist eines der mineralreichsten Gebiete Europas. Im Boden dort konzentrieren sich stärker noch als in den Nachbarregionen Erze von **Eisen, Blei, Silber, Kupfer, Zinn, Wismut, Mangan, Bauxit und Chrom**. Einige dieser Metalle sind für die Stahlveredelung unentbehrlich. Allein die Chromerzlagerstätten sollen zu den reichsten Vorkommen der Erde gehören. Während noch um das Jahr 1980 herum Metallerze zu den Hauptausfuhrgütern Jugoslawiens gehörten, ist deren Förderung inzwischen auf

ein Minimum gesunken. Das liegt insbesondere an dem Konflikt in und um Kosova.

Das von einer rund 90%igen albanischen Bevölkerungsmehrheit besiedelte Kosova, das unter Tito 1974 - ähnlich wie die an der Grenze zu Ungarn gelegene, von einer ethnisch stark gemischten Bevölkerung bewohnte Vojvodina - den Status einer Autonomen Provinz im Rahmen der Sozialistischen Republik Serbien erlangt hatte, die ihm 1989 von der Republik Serbien unter seinem damals neu ernannten Präsidenten **Slobodan Milosevic** gewaltsam genommen wurde, war bis zum

NATO-Angriff am 24.03.1999 ein Gebiet mit einer ständig steigenden Arbeitslosigkeit von zuletzt rund 90 %. In Arbeit und Brot waren noch vorwiegend die etwa 10 % dort lebenden Serben.

### Der Zauberlehrling Milosevic

Milosevic verdankte seinen Aufstieg zur Macht in der Bundesrepublik Jugoslawien gerade einer heißen Phase im blutigen Konflikt der Republik Serbien mit der albanischen Bevölkerungsmehrheit in Kosova. Er stellte sich damals eindeutig auf die Seite der dortigen, damals verängstigten serbischen Minderheit und nutzte erstmals in einer Gedenkrede in der kosovarischen Hauptstadt **Pristina** vor einer aus ganz Serbien massenhaft in Bussen herangekarrten serbisch-nationalistisch gestimmten Zuhörerschaft den Mythos um ein serbisches Opfer für die abendländische Christenheit in der verlorenen Schlacht gegen die Armeen des islamisch dominierten Osmanischen Reiches auf dem **Amsel-feld** 1389 für seine politische Karriere. Dem christlich orthodoxen Königreich Serbien hatten - was der Mythos (und auch sein Verfechter Milosevic) unterschlug - damals nicht nur serbische, sondern auch albanische Ritter gedient. Die heutige albanische Mehrheit stammt überwiegend von Menschen ab, die vor etwa 500 Jahren von den Osmanen-Sultanen zur Kontrolle und Niederhaltung der Besiegten dort angesiedelt worden waren. Die meisten ihrer Nachfahren sind auch heute noch islamisch geprägt, aber nicht alle albanischen Kosovaren sind Moslems, wie sowohl von den serbischen Nationalisten als auch von ihren nationalistischen Widersachern auf kosova-albanischer Seite gern behauptet wird.

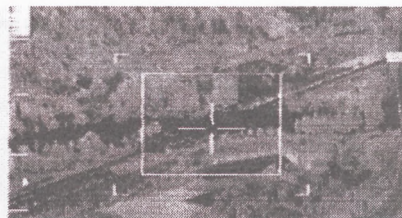
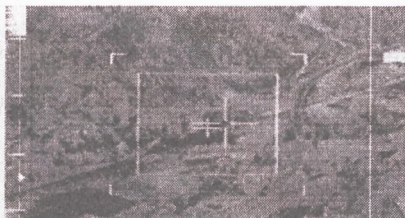
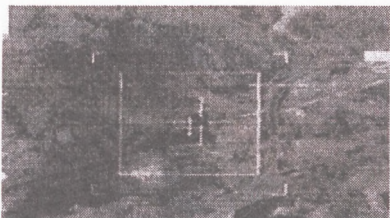
### Milosevics Gegenspieler Rugova

Wie die mehrheitliche Lage in Kosova nach der massenhaften

Vertreibung, die insbesondere seit dem NATO-Angriff immense Ausmaße angenommen hat, aussehen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht bestimmen. Der bisher so gern beschworene ethnische Widerspruch war jedenfalls zu einem erheblichen Teil ein Widerspruch zwischen denen, die Erwerb haben, und denen, die keinen Erwerb haben oder allenfalls von Subsistenzwirtschaft existieren. Dieser Widerspruch wurde lange Zeit durch eine gehobene Schicht auch unter der albanischen Bevölkerung - bestehend aus Händlern, Grundbesitzern und erwerbstätigen Intellektuellen - verdeckt. Ihr Sprecher war und ist der von der kosova-albanischen Bevölkerung im Untergrund mit großer Mehrheit gewählte Präsident der von Serbien für illegal erklärten (bisher noch von keinem Staat anerkannten) Republik Kosova, **Ibrahim Rugova**, Mitbegründer und Führer der im März 1989 ins Leben gerufenen **Demokratischen Liga von Kosova (LDK)**, die zu einer Sammelbewegung der Kosova-Albaner geworden war. Er ist auch derjenige, mit dem der jugoslawische Staatspräsident Milosevic (in diesem Amt seit 1997) noch am ehesten verhandeln möchte. Während Rugova lange Zeit auf gewaltfreien Widerstand gesetzt hat, hat der ebenfalls zur LDK gehörende, im Exil lebende Ministerpräsident der Republik Kosova, **Bujar Bukoshi**, 1998 erstmals Gewalt zum „einzigsten Mittel“ für eine Lösung des Konflikts erklärt. Rugova dagegen sah den Weg der Gewalt als äußerst gefährlich für die albanische Bevölkerung an und fürchtete, ein Waffengang gegen die militärisch überlegene jugoslawische Armee könne angesichts ihrer Militärdoktrin und ideologischen Ausrichtung zur völligen Vernichtung der albanischen Kosovaren führen. Sein in den hiesigen Medien für unbegreiflich erklärter Versuch, auch während des NATO-

Bombenkrieges gegen Jugoslawien und der „ethnischen Säuberungen“ in Kosova durch die serbisch-jugoslawischen Streitkräfte mit Milosevic zu verhandeln, ist von solchen Überlegungen her durchaus konsequent. Seine Haltung zur NATO ist zwiespältig: Zunächst hatte er trotz seines Pazifismus Hoffnungen in ein militärisches Eingreifen der NATO in Kosova gesetzt. Nachdem diese mit dem Bombenkrieg ihr Zerstörungswerk im Lande begonnen hat, ohne daß dies der kosova-albanischen Bevölkerung auch nur im geringsten geholfen hätte, sie vielmehr im Gegenteil einem Tod und Verderben bringenden Massen-Exodus ausgesetzt hat, hat die NATO ihn - wie sicherlich einen nicht unwesentlichen Teil seiner Landsleute - durch ihre Praxis eines „Besseren“ belehrt. Hatte man in den hiesigen Medien Rugova zunächst schon fast als Verräter dargestellt, so schwenkte man - da das beim Fernsehpublikum nicht recht „ankam“ - auf die Version um, er sei ein Gefangener von Milosevic. So wie westliche Medien vor Beginn des NATO-Überfalls behauptet hatten, Rugovas Berater **Femi Agani** sei von den Serben ermordet worden. Das Dementi, als dieser dann plötzlich öffentlich in Erscheinung trat, war klein und versteckt - so wie zahlreiche andere Dementis zu angeblich ermordeten Schriftstellern und Journalisten gleichfalls. Daß Krieg herrscht, erkennt man eben auch daran, daß als erstes die Wahrheit stirbt.

Die kleinliche Behandlung der Flüchtlinge durch die meisten NATO-Staaten zeigt zudem, wie wenig es der NATO, die sich über die UNO hinweg selbst den Kriegsauftrag erteilt und die Maßstäbe für Verhandlungen mit dem von ihr verteufelten Gegner gesetzt hat, trotz vollmundiger Erklärungen über ihren „humanitären Einsatz“ tatsächlich um das Wohl der Men-



schen bei diesem Krieg geht. Sie sitzen heute - auch wenn einer Minderheit unter ihnen in der zusätzlich herbeigebombten Not Hilfe zuteil wird - zwischen serbisch-jugoslawischen Streitkräften und NATO-Militärs wie zwischen Skylla und Karybdis, wobei das Katze- und Mausspiel der NATO mit der vor Kriegsbeginn propagandistisch zu einer der stärksten Armeen der Welt hochstilisierten jugoslawischen Armee den ohnehin vorhandenen Haß auf eine schon zuvor von ihr vielfach wie „Abschaum“ behandelte ethnische Gruppe, die (auch mit ihren Illusionen) den Anlaß zum von der NATO (insbesondere von deren Vormacht USA) seit langem vorbereiteten Krieg bot, noch gesteigert haben dürfte.

#### Die Vertreibungspolitik

Hinzu kommt das militärische Kalkül, mit der Erzeugung von Flüchtlingsströmen die Nachbarländer Albanien und **Mazedonien**, in denen die NATO stationiert ist, politisch zu destabilisieren. Dabei geht es nicht nur um eine Verschiebung der ethnischen Gewichte auch in Mazedonien, das außer Albanern auch Griechen und Serben als wichtige Bevölkerungsgruppen hat und nun mit seinen 2,2 Millionen Menschen mindestens 184.000 Kosova-Flüchtlinge (Stand vom 03. Mai) beherbergen muß. Mazedonien war ohnehin nicht bereit zu erlauben, daß von seinem Boden aus (die Grenze zu Kosova ist etwa 200 km lang) der Bodenkrieg gegen Jugoslawien geführt wird. Die dort stationierten 18.000 NATO-Soldaten sollten nach Vorstellungen der mazedonischen Regierung lediglich die Einhaltung eines von beiden Seiten unter-

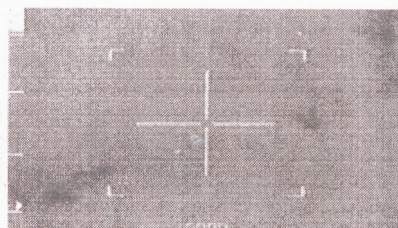
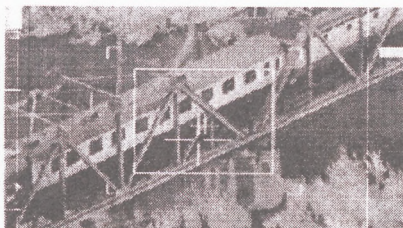
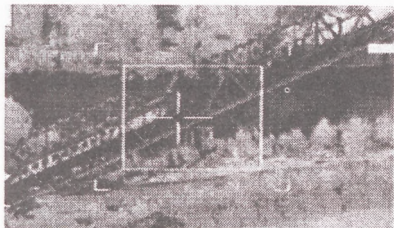
zeichneten Abkommens von **Rambouillet** überwachen, also als Friedenstruppe wirken, nicht aber als kriegführende Armee. In Albanien, das über eine Bevölkerung von rund 3,4 Millionen Menschen verfügt, befinden sich über 380.000 Flüchtlinge aus Kosova. Und auch in der **Republik Crna Gora** (Montenegro) ist die Zahl der Flüchtlinge auf über 62.000 gestiegen; auch diese Zahl ist bei rund 600.000 Einwohnern dieser Republik enorm hoch. Die Bereitschaft der NATO-Länder zur Aufnahme von Flüchtlingen, bei denen - abgesehen von Italien, das in den Statistiken unerwähnt bleibt, aber unter den NATO-Ländern wohl mit Abstand die meisten albanischen Flüchtlinge aufgenommen haben dürfte - Deutschland mit bisher knapp 10.000 (bei 80 Millionen Einwohnern) an der Spitze liegt, ist im Vergleich zu den Lasten, die diese Länder zu tragen haben, geradezu lächerlich. (Die in der TAZ veröffentlichte Tabelle spiegelt im übrigen ein verzerrtes Bild wider, solange den Zahlen der aufgenommenen Flüchtlinge nicht auch die Einwohnerzahlen der jeweiligen Länder und das durchschnittliche Einkommen der Menschen in den einzelnen Ländern gegenübergestellt und nichts darüber gesagt wird, wie man die Flüchtlinge versorgt. Der Umgang etwa der ansässigen Bevölkerung mit den Flüchtlingen ist, einmal von den Traumatisierungen, die unter diesen aufzuarbeiten sind, abgesehen, zudem auch ein sprachliches Problem, das bewältigt werden muß und erheblicher Anstrengungen nicht nur seitens der Betroffenen bedarf. Es ist nicht leicht, für Menschen und ihre Probleme Verständnis zu ge-

winnen, wenn man keine Möglichkeit hat, sich mit ihnen zu verständigen.)

Von einem grundsätzlich für alle Menschen geltenden Menschenrecht ist angesichts dieser Auftümmung von Problemen auf allen Seiten dieses Krieges nicht mehr viel übriggeblieben. Wenn etwa Flüchtlinge einfach nach „Stückzahl“ in Flugzeuge verpackt werden und, ohne gefragt worden zu sein, die einen in die Türkei, die anderen nach Norwegen verbracht werden - wobei Familien ohne viel Federlesens auseinandergerissen werden -, muß sich diesen völlig erschöpften Menschen, sobald das Gefühl der Dankbarkeit, daß ihnen das Leben gerettet wurde, einer etwas nüchterneren Betrachtung Platz macht, angesichts der „**Irakisierung**“ des Konflikts der Eindruck geradezu aufdrängen, daß es der NATO in Wirklichkeit um ganz andere Ziele geht, als sie behauptet.

#### Die Kosova-Befreiungsarmee (UCK)

Die bereits 1993 gegründete und seit 1996 stark zunehmende **Kosova-Befreiungsarmee (UCK)**, die sich vor allem aus kleinen Bauern, die sich in ihrer Subsistenzwirtschaft bedroht sehen, und erwerbsloser albanischer Jugend rekrutiert hat und seit Anfang 1998 rasch auf über 30.000 Kämpfer angewachsen ist, ist in den Augen der meisten Serben und auch von Milosevic nichts als ein Haufen von „Kriminellen“. Handlungen von UCK-Kämpfern dieser wenig strukturierten Untergrundarmee, bei denen diese mit Serben ähnlich terroristisch umgegangen sind (ein öffentlich bekannt gewordenes Beispiel ist etwa die Ermordung der serbischen



Einwohner des Dorfes **Klecka**) wie die serbischen Paramilitärs mit Albanern, haben dieses Urteil verfestigt. Und auch in den westlichen Medien war sie über einen längeren Zeitraum hinweg so dargestellt worden. Waren anfänglich noch Kommunisten die treibende Kraft bei der UCK, so sind diese inzwischen längst hinausgedrängt und durch albanische Nationalisten ersetzt worden. Auch die mehr oder weniger heimliche Unterstützung aus dem Ausland (in erster Linie aus Albanien, aber auch aus Mazedonien und durch den amerikanischen Geheimdienst CIA) und Waffenlieferungen insbesondere von deutscher Seite (aus NVA-Beständen) sowie die warme Parteinahme etwa eines **Christian Schwarz-Schilling** haben diese Armee für staatstragende Jugoslawen diskreditiert. Auch die Unterzeichnung des Rambouillet-Abkommens hat die UCK politisch ins Abseits gestellt: Indem sie der NATO den rechtlichen Status einer Besatzungsmacht auf dem gesamten Territorium Jugoslawiens zugebilligt hat, hat sie sich politisch zu einem bloßen Anhängsel der NATO und insbesondere der Führungsmacht USA gemacht. Nach jugoslawischem Recht ist das Hochverrat. Mit diesem Diktat"frieden" haben selbst NATO-Staaten wie Italien ihre Probleme, und auch der **Papst** hat (im Gegensatz zu den deutschen Bischöfen, allen voran **Bischof Lehmann**) in seiner hierzulande sogar in der ARD zensierten Osteransprache die NATO als kriegstreiberisch verurteilt. Selbst der deutsche Außenminister **Fischer** tut inzwischen überrascht, als habe er von diesen Klauseln nichts gewußt. Man kann sich des Eindrucks

nicht erwehren, daß die Bedingungen absichtlich so formuliert wurden, daß die jugoslawische Seite den Text unmöglich unterzeichnen konnte.

Im Zuge der Luftangriffe hört man hierzulande immer wieder, daß aus den Flüchtlingstrecks die Männer im wehrfähigen Alter herausgeholt worden sind. Offiziell heißt es, sie seien von „den Serben“ ausgesondert und abgeführt worden - wobei immer offener „gefragt“ wird, ob sie nicht Massenerschießungen zum Opfer gefallen sind. Beweise dafür wurden bisher nicht vorgebracht, wohl aber Aussagen von Flüchtlingen, hinter denen solche Befürchtungen gemutmaßt werden. Von Kriegsminister Scharping in seinen Propagandareden aufgestellte Behauptungen in dieser Hinsicht sind trotz eifriger Bemühungen ohne Beleg geblieben. Eher zutreffen dürfte, daß sie - soweit sie in die Hände der jugoslawischen Armee fallen - als jugoslawische Staatsbürger zum Dienst in der jugoslawischen Armee gezwungen und bei Verweigerung möglicherweise erschossen werden. Wie sich allerdings die paramilitärischen Kräfte ihnen gegenüber verhalten, steht auf einem anderen Blatt.

Zugleich aber hat die UCK aus den Flüchtlingslagern im Norden Albaniens, wo sie unter dem Schutz des ehemaligen albanischen Ministerpräsidenten **Sali Berisha**, der seit seiner schimpflichen Abwahl mit seinen damals ebenfalls aus Tirana verjagten bewaffneten Banden ein von der Regierung in Tirana unabhängiges Territorium besetzt hält und heute als Kopf einer Großalbanien-Bewegung gilt, eigene Trainingscamps unterhält, rigoros alle wehrfähigen

Männer herausgeholt, um sie in ihre Reihen zu zwingen. Wer sich weigerte, wurde kurzerhand erschossen. Was wunder, wenn sich da viele männliche Kosova-Albaner in den Wäldern von Kosova verstecken, statt sich in die Flüchtlingstrecks einzureihen?

Die UCK verhält sich hier also bereits als Exekutivorgan eines eigenen Staates mit allgemeiner Wehrpflicht (wobei unklar bleibt, ob es ein Staat Kosova oder ein großalbanischer Staat sein soll). Ihr Führer, **Hashim Thaqi**, hat sich selbst zum Ministerpräsidenten erklärt und ließ öffentlich verlautbaren, dank des NATO-Bombardements habe die UCK sich erheblich stärken können. Man jubelt, daß täglich bis zu 2000 neue Kämpfer hinzugekommen werden. Wen wundert es da noch, wenn auch in Deutschland Demonstrationen von Kosova-Albanern stattfinden, in denen das NATO-Bombardement ausdrücklich begrüßt wird? Die UCK sei weder eine Guerilla noch eine Volksarmee, sondern eine Berufsarmee mit klaren Befehlsstrukturen, behauptete ihr Auslandsvertreter **Sabri Kicmari** Anfang März in einem TAZ-Interview. Ehre und Heldentum werden da ganz groß geschrieben, das Menschenleben hingegen geringgeschätzt. Rugova gilt für die UCK als Verräter. Zulauf erhält die UCK zur Zeit von Albanern nicht nur aus ganz Westeuropa, sondern auch aus den USA, wo es seit den Zeiten der Absetzung des Königs **Zogu** eine nicht unbedeutende albanische Volksgruppe gibt. Selbst in Ländern wie Deutschland erhalten wehrfähige albanische Männer aus Kosova Einberufungsbefehle der UCK, die zu ignorieren sie als Verräter

oder Feiglinge abstempeln würde. In den hiesigen Medien ist das ebenso wenig ein Thema wie es die Tatsache war, daß serbische Männer, die vor der Einberufung zur jugoslawischen Armee nach Deutschland geflohen waren, kein Asyl erhielten, sondern in ihre Heimat abgeschoben worden sind.

Die UCK weist auch darauf hin, daß sie über ganz Kosova verteilt militärische Stützpunkte unterhält. Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß sie auch auf dem Boden von Kosova Kämpfer rekrutiert. Und die Massenvertreibung kann von daher teilweise auch von der UCK gefördert sein, um die Frauen und Kinder in Sicherheit zu wissen. Diese Spekulationen seien einmal denen entgegengehalten, die uns über die Medien wie Nachrichten verkauft werden, insbesondere Nachrichten über ein „menschenerleertes Kosova“.

**Serbische „Freikorps“ und ihre Condottieri**

„Condottieri“ nannte man in der Zeit der italienischen Renaissance Bandenführer, die auf eigene Faust „Politik“ machten. Ein solcher Condottiere war **Cesare Borgia**. In der Hoffnung, er werde das damals zerstückelte Italien einigen können, entwarf für ihn **Nicolo Macchia-**

**velli** sein berühmtes Buch // *Principe*, ein Lehrbuch des skrupellosen Machterhalts. Die Condottieri schufen um sich „befreite Zonen“, die den kommunistischen Philosophen **Antonio Gramsci**, der zur Zeit von **Mussolini** den Rest seines Lebens in einem italienischen Gefängnis zubrachte, dazu veranlaßten, sich in seinen *Briefen aus dem Kerker* (die zur Zeit - in bisher 9 Bänden - vom Argument-Verlag veröffentlicht werden) mit ihnen ausführlich zu beschäftigen. Der „Staat“ Bosnien-Herzegowina besteht aus einem Flickenteppich aus solchen Kleinstaaten, womit angeblich den „ethnischen Gruppen“ Rechnung getragen wird.

Gegen die UCK und de facto gegen die albanische Bevölkerung von Kosova überhaupt tritt jedenfalls ein anderer, älterer, Haufen von wirklichen Kriminellen an - unter der Führung solcher Leute wie **Vojislav Seselj** und **Zeljko Raznjatovic** genannt „**Arkan**“ (= General). Auch diese Gruppen zeichnen sich dadurch aus, daß sie in kleinen, unabhängig voneinander operierenden Einheiten handeln. Sie erinnern in ihrem Vorgehen etwa an die faschistischen deutschen Freikorps nach dem Ersten Weltkrieg. Der „Arkan“ ist ein international gesuchter Bankräuber und hat

Banküberfälle in mehreren Ländern Europas begangen. Dieser sich an Grausamkeiten berauschende Mafioso ist zugleich Mäzen eines eigenen Fußballklubs, verheiratet mit der im Lande beliebten serbischen Sängerin Ceca und Vorsitzender einer auf seine Person zugeschnittenen Partei namens Partei der Serbischen Einheit (SSJ). Seine insbesondere aus fanatischen Fußballfans rekrutierte Miliz der „**Tiger**“ hat sich schon während des Bosnienkrieges durch Greuelthaten hervor getan. In westlichen Medien wurde er seit Beginn des NATO-Krieges gelegentlich als Musterbeispiel für die Verkommenheit der jugoslawischen Machelite, der er als ein politisch undurchsichtiger Emporkömmling gilt, vorgeführt.

Der Rassist Seselj, ehemaliger Dozent für Politologie an der Universität Sarajevo und dann wegen „*rassistischer Propaganda*“ zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt, ist da schon von anderem Kaliber. Bereits 1991 erklärte er in einem *SPIEGEL*-Interview, er werde die bosnischen Moslems bis nach Anatolien jagen. Im serbischen Fernsehen machte er Eigenwerbung mit Sätzen wie: „*Wir brauchen keine Kugeln, wir brauchen nur rostige Löffel, um unseren Feinden die Augen auszustechen.*“

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH  
 Hattinger Straße 188 44795 Bochum  
 Tel. 0234/ 450590  
 FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau  
 BIOLAND-Getreide  
 Eigene Mühle  
 Informationen  
 Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

**SONNENBLUME**  
 NATURKOST

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF  
 45657 RECKLINGHAUSEN  
 TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte  
 Wurst und Fleischwaren aus der Bio-Metzgerei  
 Ökologische Weine, Sekt und Säfte  
 Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel  
 Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9<sup>00</sup> - 13<sup>00</sup> u. 15<sup>00</sup> - 18<sup>00</sup> Uhr  
 Sa. 9<sup>00</sup> - 13<sup>00</sup> Uhr



Er verfißt offen ein „Großserbien“, dem auch die in Kroatien liegende **Krajina** eingegliedert werden soll. Bereits im Mai 1995 verkündete er, aus Kosova müßten Hunderttausende von Moslems verjagt werden - und fand dabei die begeisterte Zustimmung der christlich orthodoxen **Bischöfe Atanasije und Amfilohije**. Er verwies dabei auf die massenhafte Vertreibung von türkischer Bevölkerung aus Bulgarien in den 80er Jahren als Vorbild. Das ist die von seinesgleichen angestrebte „Zweidrittelgesellschaft“ (der 62 % Serben unter den 10,5 Millionen Einwohnern des heutigen Jugoslawien, während rund 35 % der Bevölkerung als „ethnische Moslems“ betrachtet werden). In den Kommunalwahlen 1997 erlangte er im Belgrader Stadtbezirk **Zemun** die absolute Mehrheit und wurde dort Bürgermeister. Als solcher demonstrierte er, was er meinte: Durch massive Bedrohung vertrieb er von dort binnen kurzer Zeit alle Einwohner, die seinen Vorstellungen von ethnischer Reinheit nicht genügten. Er machte aus Zemun gleichsam eine „national befreite Zone“.

Seselj war mit seiner **Serbischen Radikalen Partei (SRS)** bei den Präsidentschaftswahlen am 08.12.1997 gegen den Kandidaten Milosevic des aus mehreren Parteien (darunter der **Sozialistischen Partei Serbiens - SPS** -, deren Vorsitzender Milosevic seit 1990 ist) bestehenden Linksblocks knapp unterlegen (er erlangte 32 % aller Wählerstimmen).

Das Massaker von **Racak** könnte auf das Konto einer dieser paramilitärischen Banden gehen, die von Seiten der jugoslawischen Regierung in ihrem Vorgehen zumindest stillschweigend geduldet werden.

#### **Milosevic und die Machtstrukturen im heutigen Jugoslawien**

Dem durch die Ehefrau von Milosevic, **Mila Markovic**, ins Le-

ben gerufenen **Linksblock**, der bei den Parlamentswahlen 1996 rund 52 % aller abgegebenen Stimmen erlangt hatte und in dem die SPS die Mehrheit bildet, gehören noch die **Jugoslawische Linke (JUL)** und die **Partei Neue Demokratie (ND)** an. Die knappe Mehrheit verdankt sie auch einem Boykottaufruf der LDK Rugovas in Kosova, der von der dortigen albanischen Bevölkerung weitgehend befolgt wurde - mit der Folge, daß die SPS allein dort 20 der insgesamt 64 Sitze des Linksblocks erlangte. Die SRS erlangte 16 % der Stimmen, während die (auch aus dem westlichen Ausland massiv unterstützte, inzwischen an inneren Widersprüchen zerbrochene) Oppositionsbewegung **Zajedno**, die im Zeitraum vom 24.12.1996 bis zum 13.01.1997 in täglichen Massendemonstrationen in Belgrad bis zu 500.000 Menschen auf die Straßen gebracht hatte, auf 21 % kam. (Die Ergebnisse zu den Kommunalwahlen, bei denen die Opposition zahlreiche Magistrate errungen hatte, aber nur zweitstärkste Kraft geblieben war, waren - auf Einladung von Milosevic - von einer von dem früheren spanischen Ministerpräsidenten **Felipe Gonzalez** geführten OSZE-Kommission überprüft und anerkannt worden. Zajedno brach auseinander, als aus ihren Reihen dem zum Bürgermeister von Belgrad emporgehobenen Vertreter der oppositionellen Massenbewegung, **Zoran Djindjic**, Führer der **Demokratischen Partei - DS** -, durch den nationalistischen Führer der ebenfalls zu Zajedno gehörigen **Serbischen Erneuerungsbewegung - SPO** -, **Vuk Draskovic**, Konspiration mit einigen Kräften der Regierung vorgeworfen wurde und die SPO Ende Juni 1997, kurz vor den Präsidentschaftswahlen, das Bündnis Zajedno aufkündigte.) Wenig später verlor Djindjic, der nun nicht mehr die Mehrheit hinter sich hatte,

sein Amt. Draskovic, der wenig später stellvertretender Ministerpräsident der Bundesrepublik Jugoslawien wurde und hinter dem Seselj als eine Art Schattenpräsident stand, hat bei Androhung der Ölblockade durch die NATO (angeblich für Milosevic) Ende April Friedensfühler ausgestreckt und einer Besetzung Jugoslawiens durch UNO-Truppen (einschließlich der NATO) zugestimmt; prompt bezeichnete ihn Seseljs SRS als Verräter, und er mußte den Hut nehmen. Drei Minister seiner Partei verließen ebenfalls die Regierung.

Im Unterschied zu Milosevic, der sich nur auf die staatliche Gewalt und sein geschicktes Taktieren zwischen den verschiedenen Parteien stützen kann, verfügt Seselj über eine auf seine Person eingeschworene, etwa 8000 Mann starke paramilitärische Privatarmee, die bereits in Bosnien zur Genüge gezeigt hat, wozu sie fähig ist - eine Hausmacht, die aus Söldnern besteht, die in zahlreichen Kriegen etwa in Afrika oder Lateinamerika mit von der Partie gewesen sind und von daher auch ihre jeweiligen Auftraggeber bestens kennen. Sie nennen sich die „**weißen Adler**“, und allein bei Nennung ihres Namens sträuben sich selbst vielen Serben die Nackenhaare. Seselj zum Feind zu haben, ist lebensgefährlich.

Das Geschäft seiner Spezialtruppe besteht in Massenmord, massenhaften Vergewaltigungen, Folterungen, Plünderungen, Zerstörung von Moscheen, planmäßigen Vertreibungen und dem Niederbrennen ganzer Ortschaften. Die während des Bosnienkrieges verübten **Massaker in Bratunac (3500 Tote), Brcko (6000 Tote), Prijedor (11000 Tote), Visegrad (3000 Tote), Zvornik und Bjeljina (jeweils 2000 Tote)** gelten als ihr Markenzeichen (Zahlen nach der Zeitschrift *Pogrom*).

Die Interessen einiger dieser Söldner wurden in der Vergan-

genheit auch von **Söldnerkonzernen** wahrgenommen, die ihren Sitz in London oder New York haben. Es sind (ähnlich wie etwa bei der französischen Fremdenlegion) großenteils Einzelgänger ohne familiäre Bindung, die aus der zivilen Gesellschaft herausgefallen sind und sich darin auch nicht mehr zu rechtfertigen können. Ihre Teilnahme auf zahlreichen Kriegsschauplätzen der Welt hat sie zudem gegen menschliches Leid - auch eigenes - immunisiert, und auch zu den Bewohnern der Gebiete auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien, wo sie eingesetzt werden, haben sie keine Beziehung. Ihr Job hat ihnen während des Bosnienkrieges (wenn man Interviews, die einige von ihnen mal gegeben haben, als Indiz nehmen kann) viel Geld eingebracht, das beispielsweise von Rüstungskonzernen gezahlt wird, deren Waffen sie der Weltöffentlichkeit vorführen. Möglicherweise denselben Rüstungskonzernen, die auch vom Bombenkrieg der NATO profitieren. Seselj hat seine Funktion auch dazu benutzt, seine Leute auf „legale“ Weise mit Waffen aus den Beständen der jugoslawischen Armee zu versorgen. In einem Artikel der Zeitschrift *Pogrom* wurde Seselj als „*Milosevics Mann fürs Grobe*“ bezeichnet. Inwieweit diese Charakterisierung zutreffend ist, läßt sich für uns nicht überprüfen.

In der grob vereinfachenden, auf die Person Milosevics zugespielten Propaganda der NATO taucht der Name Seselj ansonsten so gut wie nicht auf. Eine solche auf „große Männer“ zugespielte Propaganda verdeckt die tatsächlichen Beweggründe für den Krieg.

#### Mögliche strategische Ziele der Kriegsparteien

In den bisherigen Kriegen auf dem ehemaligen Territorium der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawien waren sol-

che gemieteten Söldner meist bei allen einander gegenüberstehenden Kriegsparteien im Einsatz und haben ihre Aufgabe vor allem als „ethnische Säuberung“ begriffen. Es ging in Wahrheit nie um einen ethnischen Konflikt. Beispielsweise war der im Kroatienkrieg propagierte Mythos, die Ustasa sei die nationale Vertretung Kroatiens gegen ein kommunistisches Jugoslawien mit serbischer Vorherrschaft gewesen, eine pure Erfindung. Während der auf Seiten Hitlers stehende Ustasa-Staat unter dem katholischen Priester und „Führer“ **Ante Pavelic** sich auf etwa 20.000 Mann zählende kroatische Einheiten stützte, standen damals rund 200.000 kroatische Partisanen gegen Nazi-Deutschland auf Seiten der Kommunisten. Die Tradition von Pavelic wird in Kroatien heute von dem vom Westen, insbesondere Deutschland, begünstigten **Franjo Tudjman** hochgehalten, der mit seinen paramilitärischen **HOS**-Verbänden jede Opposition in seinem Machtbereich zum Schweigen gebracht und fast 300.000 serbische Bewohner aus der Krajina allein nach Jugoslawien vertrieben hat, die großenteils in Kosova angesiedelt wurden. Von dort nach Kroatien kamen dagegen nur etwa 3.000 Flüchtlinge. Auf internationalen Druck hin - insbesondere auf deutschen Druck - beschloß das aus zwei Kammern bestehende kroatische Parlament am 28.06.1998, rund 180.000 serbische Flüchtlinge zurückzunehmen. Daß der Faschist Tudjman, dessen Partei **Kroatische Demokratische Gemeinschaft - HDZ** - heute unangefochten in Kroatien an der Macht ist und über 75 der 120 Sitze im Repräsentantenhaus - **Zastupnicki Dom** - sowie über 41 der 63 Sitze im Komitatshaus verfügt, sich der Unterstützung durch NATO-Staaten wie Deutschland erfreuen kann, wirft ein bezeichnendes Licht auf das, was die

NATO als genehm erachtet.

Die „ethnische Säuberung“ bestand darin, daß die Söldnertruppe Jagd auf die Bevölkerung gemacht und sich gegenseitig kaum wehgetan haben. Vor dem im wesentlichen zwischen den USA und Jugoslawien ausgehandelten **Dayton-Abkommen** beispielsweise bestand ihre Aufgabe darin, eine siedlungsmäßige „Entmischung“ vorzunehmen und mögliche Hindernisse innerhalb der für die Neustrukturierung geplanten Klein-Territorien (z.B. innerhalb der **Republika Srpska** auf dem Boden von Bosnien-Herzegowina) zu beseitigen. Die propagandistisch als „*der größte Massenmord in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*“ (so der Titel eines 1997 erschienenen Buches von **David Honig** und **Norbert Both**) hochstilisierte Massenvertreibung aus **Srebrenica** mit der Ermordung von rund 7000 Menschen war eine beinahe zwangsläufige Konsequenz des zwischen dem auch vor dem NATO-Angriff auf Jugoslawien auf dem Vorfeld der Diplomatie erneut, aber weniger „erfolgreich“ aktiv gewordenen US-Chefunterhändler und selbsternannten „Friedensmissionar“ **Richard Holbrooke** und Milosevic faktisch über alle anderen Köpfe hinweg am grünen Tisch ausgehandelten Dayton-Abkommens. Diese Schmutzarbeit übernahmen die paramilitärischen Einheiten.

Diese Jagd setzen sie in Kosova fort. Dabei geht es politisch vor allem um eine Vertreibung der albanischen Bevölkerung aus den Gebieten von Kosova, in denen die oben angesprochenen Erzvorkommen lagern; es handelt sich vor allem um den Norden von Kosova. Den weniger mineralhaltigen Süden, der auch weniger fruchtbare Böden hat, würde Jugoslawien vermutlich ohne weiteres als Republik Kosova akzeptieren oder an Albanien abtreten, um in einem Friedensvertrag dann der vertriebenen Bevölkerung die Mög-

lichkeit zu eröffnen, als „Gastarbeiter“ zurückzukehren, die dann jedoch über keine serbisch-jugoslawischen Staatsbürgerrechte mehr verfügen. Wieweit diese Überlegungen auch den NATO-Partnern genehm sind, läßt sich nur vermuten. Ihr Luftkrieg jedenfalls hat erheblich zur Fluchtbewegung von albanischer Bevölkerung in den Süden und nach Westen beigetragen: in die ebenfalls von der NATO bombardierte **Republik Crna Gora**, deren Regierung unter **Milo Djukanovic** im Hinblick auf die Nationalitätenpolitik in deutlichem Gegensatz zur Belgrader Regierung steht. Zugleich bleibt die NATO bestrebt, der UCK möglichst wenig Zugeständnisse zu machen, um jederzeit mit Milosevic wieder ins Gespräch zu kommen. Denn die UCK stellt für die NATO nur eine Hilfsgröße dar, die man nach Bedarf jederzeit fallen lassen kann, zumal in ihr ein albanischer Nationalismus, der dem serbischen inzwischen nicht sonderlich nachsteht, die Oberhand gewonnen zu haben scheint. Träte die UCK für die Rechte der in Kosova lebenden serbischen Bevölkerung ebenso entschieden ein wie für die Rechte der (moslemischen) Albaner, so müßten fortschrittliche Kräfte sie unbedingt unterstützen. Davon kann jedoch keine Rede sein.

Es geht bei diesem Waffengang um mehr als nur um Tests von militärischen Spezialtruppen und Waffen (etwa der „Wunderwaffe“ **Tarnkappenbomber**, die durch den Absturz eines ihrer Exemplare nicht gerade werbewirksame Schlagzeilen machte) und Leerung vorhandener Arsenale, über die die Rüstungsindustrie, besonders in den USA, jubelt. Und man nimmt dabei das Risiko einer Brückierung Rußlands (das wirtschaftlich am Tropf der Westmächte hängt) billigend in Kauf. Die Tatsache, daß die russi-

schen Atomraketen seit dem NATO-Angriff auf Jugoslawien wieder auf Ziele in Westeuropa ausgerichtet worden sind, wird nicht ernst genommen. Ob ein ins Auge gefaßter Abschluß eines militärischen Beistandspaktes zwischen Jugoslawien, Rußland und Weißrußland die NATO zu mehr Vorsicht veranlassen wird, ist nicht vorhersehbar. Die beiden Mächte USA und Deutschland starren dabei - wie es scheint - jeweils darauf, was die andere Seite tut: Falls in den USA eine Entscheidung für Bodentruppen fiele, würde sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Deutschland dafür entscheiden. Die USA könnten eine solche Entscheidung leichter treffen, wenn es ihrer Regierung gelänge, die amerikanische Bevölkerung von der Notwendigkeit dieses Krieges zu überzeugen. Das ist bisher nicht der Fall. Für Deutschland ist die Entscheidung schwieriger, da der mögliche Gegner Rußland territorial näherbei liegt und damit Deutschland zuerst militärisch angegriffen werden könnte. Daher segelt die deutsche Regierung lieber im Windschatten der US-Regierung, um auf jeden Fall bei der Verteilung der Beute mit von der Partei zu sein. Die Drohung des für die NATO unberechenbaren russischen Staatspräsidenten **Boris Jelzin**, der Bodenkrieg könnte zu einem Weltkrieg führen, hat der Troika Schröder-Fischer-Scharping allerdings einen gehörigen Schrecken eingejagt, so daß der bisher so selbstherrlich agierende deutsche Außenminister plötzlich nach Vermittlung durch die zuvor längst ad acta gelegte UNO schreit. Es sind wohl auch die Länder USA und Deutschland, die (abgesehen von Jugoslawien) über die besten Kenntnisse im Hinblick auf die Mineralien in Kosova (im Gebiet nordöstlich von Pristina) und ihre Lagerstätten verfügen dürften: Deutschland noch aus der Zeit der Besetzung des Landes durch die Wehrmacht auf-

grund der von dieser damals vorgenommenen Bodenprospektierungen und später aufgrund von Befragungen jugoslawischer Gastarbeiter, die USA, weil sie durch politische und wirtschaftliche Förderung des **Titoismus** seit 1949 Jugoslawien als ein Bollwerk gegen das Sozialistische Lager ausgebaut haben und jahrzehntelang mit eigenen Joint Ventures in einem Lande präsent waren, das angeblich einen eigenen Weg zum Sozialismus beschritten hatte, in dem jedoch innerhalb kürzester Zeit unter dem Vorwand von Arbeiterselbstverwaltung die kapitalistische Konkurrenz zum alles bestimmenden Faktor geworden war und allmählich das Zusammenleben der Menschen in diesem Mehrvölkerstaat vergiftete. Als die sozialistische Tünche die Fassade nicht mehr decken konnte und die korrupte Politikerkaste nationalistische Töne als neue Klammer zu nutzen suchte, zerbrach dieser Staat.

Heute besteht die NATO auf Unterzeichnung des Rambouillet-Abkommens, das den Rückzug der jugoslawischen Streitkräfte aus Kosova ebenso vorsieht wie die Entwaffnung der UCK - ein Punkt, der allerdings von vornherein nicht wirklich ernstgenommen worden war, ja man kann sogar unterstellen, daß die UCK den Rambouillet-Vertrag nur unterzeichnet hat, weil sie von vornherein wußte, daß er für die jugoslawische Regierung unannehmbar war. Die einzige offiziell bewaffnete Macht im gesamten Jugoslawien soll demnach die NATO selbst sein. Ein Jugoslawien gäbe es dann nicht mehr.

Klaus Dillmann

## 1. MAI 1999 - WENIG BERICHTENSWERTES

**Der 1. Mai stand in Deutschland meist im Zeichen der Gewerkschaftsführungen, der NATO-Kriegskurs der Bundesregierung zu verteidigen.**

**Die Anti-Kriegs-Bewegung hat in verschiedenen Städten unterschiedlich nachhaltig protestiert, oppositionelle Maidemonstrationen oder Aktionen gab es wenig, sieht man von der traditionellen "revolutionären Mai-Demonstration" in Berlin einmal ab.**

Der DGB, der die Mai-Kundgebungen unter dem Motto "Neues Handeln für unser Land" durchführte, propagierte schon in dieser Parole - gewollt oder ungewollt doppeldeutig - seine bewusst staatstragende Rolle, weder in sozialer noch in antimilitaristischer Hinsicht ist von den DGB-RednerInnen Berichtenswertes zu erwähnen, internationalistische Positionen sind bei diesen Leuten schon seit Jahren vergebens zu suchen.

Erwähnenswert, dass sich Oskar Lafontaine, gesellschaftlich eher am Rande wahrzunehmen, auf der DGB-Kundgebung in Saarbrücken plötzlich als Gegner der NATO-Aggression darstellte - während seiner Zeit als Finanzminister war davon jedenfalls noch nichts zu erkennen gewesen.

Dennoch kann festgestellt werden, dass auch innerhalb der SPD-Basis die Anti-Kriegs-Positionen zunehmen, was aber nicht dazu führt, dass sie sich organisierten Anti-Kriegs-Aktionen in größerer Zahl anschließen.

Zahllose grüne Ortsverbände, vor allem im Ruhrgebiet, beteiligten sich mit Protesten gegen den NATO-Krieg, dennoch entschied der grüne Sonderparteitag in Bielefeld am 13. Mai in Bielefeld, den Kriegskurs der Bundesregierung mitzutragen.

Die PDS, die sich von Anfang an gegen den NATO-Krieg ausgesprochen hat, hat wiederum wenig Glaubwürdigkeit, wenn sie sich der berechtigten Kritik an der nationalistischen Unterdrückung der Kosovo-Albaner nicht oder nur sehr verhalten anschließt.

Ähnlich verhält sich die DKP, die die Politik der Vertreibung und des Terrors gegenüber der albanischen Bevölkerung im Kosovo gern als

NATO-Propaganda hinstellen würde, sich aber nicht traut, dies offen zu vertreten. Sie tut dies verdeckt, indem sie von Übergriffen beider Seiten, der albanischen und der jugoslawischen, spricht. Ihr besonderes Augenmerk liegt aber auf der UCK, die für sie eine fünfte Kolonne des Imperialismus darstellt und sich aus großalbanischen Nationalisten und Terroristen sowie Drogenhändlern rekrutiert.

PDS, DKP und andere "Linke" leugnen die nationale Unterdrückung der Kosovo-Albaner und ignorieren die Tatsache, dass deren Befreiungskampf gegen den jugoslawischen Staat gerecht ist, weil erst durch die Beendigung der nationalen Unterdrückung die Bedingungen für soziale und demokratische Fortschritte vorhanden sind. Forderungen der internationalen Solidarität waren auch bei den oppositionellen Kräften am 1. Mai selten, hier war die Demonstration in Berlin eine der wenigen Ausnahmen.

### Polizeiübergriffe in Berlin

An die 20 000 TeilnehmerInnen, deutlich mehr als im vergangenen Jahr, beteiligten sich an der revolutionären Mai-Demonstration, die nicht, wie ursprünglich geplant, im Stadtteil Prenzlauer Berg, sondern wieder im Westen der Stadt stattfand, beginnend am Oranienplatz in Kreuzberg, wo 1988 auch die erste revolutionäre Mai-Demo stattgefunden hatte. "Back to the roots" war daher auch das Motto der diesjährigen Demo, die sich gegen das kapitalistische System, gegen den NATO-Krieg und für internationale Solidarität aussprach. Forderungen nach "Freiheit für Abdullah Öcalan" waren hier selbstverständlich wie auch die Forderung nach Selbstbestimmungsrecht für die Kosovo-

Albaner.

Die Berliner Polizei hatte anfangs den Anschein erwecken wollen, ein Konzept der Deeskalation zu fahren - das Konzept AHA stand für "Aufmerksamkeit, Hilfe, Appell". Eigens aufgestellte AHA-Trupps versuchten, den Demonstranten weiszumachen, sie seien "gegen Gewalt". "Ihr seid die Staatsgewalt" wurde ihnen von Demonstranten entgegengehalten, und die Polizei beeilte sich umgehend, dieser Einschätzung zuzustimmen. Plötzlich und ohne Vorwarnung war es mit dem AHA-Konzept vorbei und prügelnde Polizei-Trupps stürmten gegen halb neun die Demonstration. Es entwickelte sich die traditionelle Straßenschlacht, stundenlang ging die Auseinandersetzung Straße um Straße weiter, erst nach Mitternacht war die "Schlacht" beendet.

Hunderte von verletzten Demonstranten, 380 Festnahmen, die Polizeiführung sprach von 160 verletzten Polizisten, 35 zerstörten Schaufenstern, 13 umgeworfenen Bauwagen, 12 beschädigten Polizeifahrzeugen, 41 Schäden an PKWs.

Am nächsten Tag bilanzierte Innensenator Eckerdt Werthebach: "Das Einsatzkonzept der Polizei ist insgesamt aufgegangen."

### Bremen: NPD-Aufmarsch verboten

Die NPD erlitt bei ihrem geplanten Aufmarsch eine schwere Niederlage. Ihre Demonstration unter dem Motto "Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" wurde am Vorabend des 1. Mai in letzter Instanz vom Bundesverfassungsgericht verboten. Auch Ausweichversuche nach Bremerhaven, Oldenburg und Hannover scheiterten.

Die NPD versuchte zwar trotzdem,

nach Bremen zu kommen, massives staatliches Eingreifen verhinderte dies, zahllose Busse wurden auf der Autobahn gestoppt und zurückgewiesen. So gelang es ihr nur in Ahrensburg und Quickborn kleinere Aufmärsche durchzuführen, allerdings eher zufällig von den Trupps aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein organisiert, die dort aufeinandertrafen.

Statt der Nazi-Demo fand in Bremen die bundesweite Demonstration "Null Naziaufmarsch in Bremen" mit 3000 TeilnehmerInnen statt, die zwar ebenfalls verboten war, von der Einsatzleitung der Polizei jedoch als "Spontandemo" zugelassen wurde, und zwar auf der für die NPD vorgesehenen Route. Außerdem fand in der Bremer Innenstadt eine Kundgebung des DGB einschließlich eines Konzerts "Rock gegen Rechts" statt.

Im Bremer Stadtteil Tenever fand außerdem ein multikulturelles Straßenfest statt.

Die Begründung für das Verbot der NPD-Demo durch den Bremer Innensenator Borttscheller beschränkte sich auf die angebliche Unmöglichkeit, am 1. Mai genügend Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen. Borttscheller bedankte sich im Nachhinein ausdrücklich bei der NPD, dass sie sich an das Verbot gehalten habe.

Die NPD sieht das ein wenig anders und ruft verstärkt dazu auf, die Verbotsspraxis des "Unrechtsstaates" zu durchbrechen, der dazu übergegangen sei, die gesamte "nationale Opposition" zu illegalisieren. Bitter beklagen sich die Nazi-Führer auch über die "Linken", die nicht bereit sind, gemeinsam mit der NPD gegen die NATO zu demonstrieren.

**Recklinghausen:  
Kommerz drängt politische Aussagen in den Hintergrund**

150 000 Menschen sollen es am 1. Mai in Recklinghausen gewesen sein, von denen gut 300 an der DGB-Demonstration teilnahmen, wobei unter diesen immerhin 30-40 Leute durch Transparente und Plakate gegen den NATO-Krieg in Erscheinung traten.

Info-Stände von fortschrittlichen Gruppen gab es dies Jahr nur noch wenige. Am Eingang zum Mai-Spektakel befand sich traditionell der Stand des DKP-Kreisverbandes. Auf der sogenannten DGB-Wiese gab es zwei Reihen von Ständen. Auf der einen Seite die Stände einiger Einzelgewerkschaften - keine von ihnen nahm zum Krieg auf dem Balkan Stellung. Auf der anderen Seite einige Stände von Naturschützern, von amnesty international und vom Antifaschistischen Bund, der sich den Stand mit dem Internationalen Freundschaftsverein teilte. Das von AFB und IFV verteilte Flugblatt fand reges Interesse, und auch die Diskussionen am Stand rissen nicht ab, am Ende war deutlich geworden, dass eine weitaus größere Zahl von Menschen den Krieg auf dem

am Nachmittag mit rassistischen Sprüchen versuchte, eine Prügelei zu provozieren, was ihm aber nicht gelang. Zu kritisieren ist aber, dass die hinzukommenden Polizisten nicht einmal die Personalien des Nazis feststellten, stattdessen aber ein Mitglied des IFV barsch aufforderten, er möge sich "zurückhalten".

Ansonsten stand der 1. Mai in Recklinghausen völlig im Zeichen des Kommerzes, weil bei den extrem erhöhten Standgebühren nur noch Fress- und Saufbetriebe in der Lage waren, durch ihre immensen Gewinne die Gebühren locker auszugleichen. Auch die VVN-BdA war vermutlich wegen hoher Standgebühren nicht bereit, ihren traditionellen Kuchen-Verkaufsstand durchzuführen. Weniger friedlich ging es am 1. Mai in Istanbul zu.

#### Der 1. Mai in Istanbul

Mehrere Zehntausend nahmen an den Demonstrationen in Istanbul teil, die traditionell von der Gewerkschaft Türk-Is auf dem Istanbul Taksim-Platz angemeldet wurde.

Revolutionäre Organisationen wie DHKP-C, TIKB, MLKP und TKP/ML führten eigene Demonstrationen zum Taksim-Platz durch, Organisationen wie ÖDP und EMEP beteiligten sich innerhalb der Türk-Is-Demonstration. Zwar gab es in diesem Jahr keine Toten, aber zahllose gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die - unbestätigte - Zahl von 200 Festnahmen liegt sogar niedriger als die der Festnahmen in Berlin. Allerdings hat die Polizei in den Wochen vor dem 1. Mai schon mehrere hundert bekannte Leute aus dem revolutionären Spektrum festgenommen, um deren Vorbereitungen auf



Balkan ablehnt.

Diesen Eindruck konnte auch ein einzelner Faschist nicht stören, der

die Demonstration so weit wie möglich zu behindern.

**Stephan W. Born**

## 1. MAI - INTERNATIONALE SOLIDARITÄT MIT ALLEN VON DER NATO-AGGRESSION BETROFFENEN VÖLKERN !

**Der 1. Mai, der Internationale "Kampftag" der Arbeiterbewegung, wird in diesem Jahr vollkommen überschattet vom "Kampf" der NATO um den Balkan. Alle Menschen, auch die ArbeiterInnen in allen Ländern, stehen in diesem Krieg vor der Frage: Dafür oder dagegen ?**

Die meisten Menschen in unserm Land sind hin und her gerissen: Den NATO-Krieg befürworten, weil er die letzte Möglichkeit darstellte, dem nationalistischen Regime der Föderativen Republik Jugoslawien die Möglichkeit zu entziehen, seine verbrecherische Politik der Vertreibung, Zerstörung und des Mordens fortzusetzen, die schon 1989 auf dem Amselfeld begann, oder diesen Krieg abzulehnen, weil er gegen das Völkerrecht verstößt, weil er schon jetzt viele unschuldige Opfer gefunden hat, weil er die Möglichkeit einer diplomatischen Lösung vollkommen ausschließt und weil er dem jugoslawischen Regime den Anlass gab, die völlige Vertreibung der albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo durchzusetzen.

### **Die Frage verstellt den Blick auf die geschichtlichen Tatsachen:**

Wir meinen, dass dieser Krieg keineswegs "das letzte Mittel" war, weil "die Politik" versagt hatte, vielmehr stellt er die Fortsetzung und die ständige andere Seite der Politik des herrschenden Industrienationen dar, die unter Führung der USA darangegangen sind, nach dem Zusammenbruch des östlichen Wirtschaftssystems diejenigen Gebiete unter ihre ökonomische und politische Kontrolle zu bringen, die ehemals mehr oder weniger eine eigene, wirtschaftlich vom Westen unabhängige, Politik entwickelt hatten.



Die ehemalige Führungsmacht des RGW, Rußland, stellte und stellt diesem Anspruch des Westens eigene wirtschaftliche und politische Interessen entgegen.

Ohne die wirtschaftliche, militärische und politische Unterstützung Rußlands wäre die jugoslawische Regierung kaum in der Lage gewesen, ihren nationalistischen Kurs mit der Begründung, angeblich die Souveränität des ehemaligen Jugoslawien gegen den westlichen Machtanspruch zu verteidigen, durchzusetzen.

Jeder Schritt des Westens - vor allem die frühzeitige Anerkennung der staatlichen Eigenständigkeit Kroatiens und Sloweniens durch die Bundesregierung - war ein Schritt der Durchsetzung eigener Macht und neuer Abhängigkeit auf dem Balkan.

Wenn die Völker auf dem Balkan nationalistisch gegeneinander aufgehetzt werden konnten, dann nur deshalb, weil der eigene Weg des ehemaligen Jugoslawien von Anfang an von den unterschiedlichsten Interessen zerstört worden ist.

Die Tudjman, Milosevic, Draskovic und Karadjic - sie sind keine Vertreter der Interessen ihrer Völker, sondern in unterschiedlicher Form vom ausländischen Kapital abhängig.

### **Es geht der NATO nicht um Menschenrechte:**

Auch wenn die Clinton, Schröder, Blair und Fischer nicht müde werden, ihren Krieg als gerecht zu bezeichnen, weil er - wie damals die Antihitlerkoalition - geschichtlich notwendig sei, um den Völkermord eines faschistischen Regimes zu beenden, wird die Verlogenheit ihrer Propaganda schnell deutlich.

Wo ist ihr Eingreifen angesichts der Vertreibung von Hunderttausenden von KurdInnen aus ihrer Heimat ?

Wo war das Eingreifen der NATO angesichts der Ausrottung der Tamilen ?

Wie reagierte die westliche "Wertegemeinschaft" angesichts des Krieges gegen die Indigenas in Brasilien ?

Die NATO setzt sich nur dort für "Menschenrechte" ein, wo sie eigenen strategische Interessen vertritt, sie instrumentalisiert diese für die Ausdehnung ihres Machtbereichs.

Überall dort aber, wo Volksbewegungen von diktatorischen Regimes blutig unterdrückt werden, steht die Nato *dann* in Treue zu diesen, wenn sie, wie der NATO-Partner Türkei, zur Stabilisierung der eigenen Herrschaft benötigt werden.

## Solidarität - mit wem und wie ?

Der 1. Mai ist auch der Tag der Solidarität und Hilfe der internationalen Arbeiterbewegung mit den unterdrückten Völkern.

Unsere Unterstützung muss in den kommenden Wochen den vertriebenen Menschen aus dem Kosovo gelten.

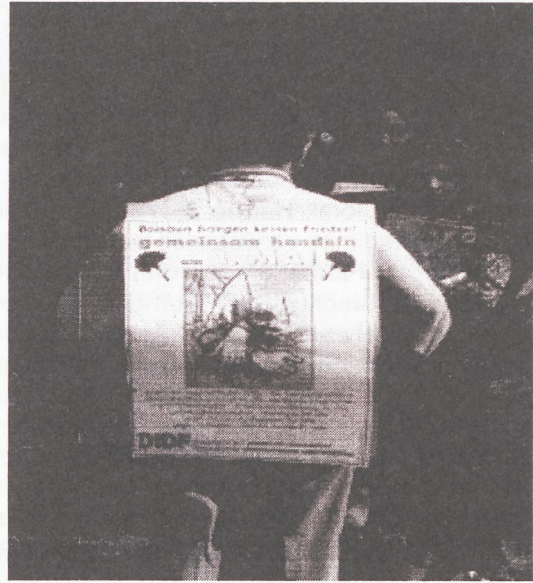
Unsere Hilfe muss aber ebenfalls allen anderen von der NATO-Agression betroffenen Menschen in Jugoslawien gelten. Die *Menschen* in Beograd oder Novi Sad sind nicht verantwortlich für den Krieg, den *ihre Regierung* gegen die albanische Bevölkerung führt.

Solidarität ist international - vor allem die Arbeiterbewegung hat angesichts des NATO-Krieges versagt !

Gegen das nationalistische Kriegsgeschrei muss sie die Zusammenarbeit mit den KollegInnen anderer Länder entwickeln - auch in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien.

Nur wenn die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Kroatien, Slowenien, Bosnien und der Föderativen Republik Jugoslawien eine *gemeinsame* Perspektive entwickeln, die sie an die Seite ihrer albanischen und europäischen KollegInnen führt, besteht eine Chance, den Nationalismus und Rassismus zu überwinden und eine realistische Perspektive für Frieden und Unabhängigkeit zu entwickeln.

Erst dann werden die Milosevic und andere auf dem Misthaufen der Geschichte landen.



**FÜR FRIEDEN UNDVÖLKER-  
FREUNDSCHAFT !  
UNABHÄNGIGKEIT UND  
SELBSTBESTIM-  
MUNGSRECHT FÜR ALLE  
VÖLKER !  
STOPPT DEN KRIEG !**

INTERNATIONALER FREUNDSCHAFTSVEREIN / ANTIFASCHISTISCHER BUND

## Dortmunder Protestdemonstration gegen den NATO-Krieg

Gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien demonstrierten am 24. April in der Dortmunder Innenstadt laut Angaben der *Westfälischen Rundschau* etwa 1200 Menschen. Während die Lokalpresse nur den AStA der Universität Dortmund als Initiator der Demonstration nennt, hatten sich laut gemeinsamem Flugblatt die **Ärzte gegen den Atomkrieg Dortmund, der AStA der FH Dortmund, Bündnis 90/Die Grünen Dortmund, DFG/VK NRW, DKP Dortmund, Frauen-Friedensinitiative Dortmund, Friedensforum Dortmund, IG Medien Westliches Westfalen, Ulla Jelpke (MdB PDS), JungdemokratInnen/Junge Linke KV Dortmund und LV NRW, PDS Dortmund und Naturfreundejugend Westfalen** auf „acht Gründe gegen die NATO-Angriffe auf Jugoslawien“ verständigt. Sie hatten die **Völkerrechtswidrigkeit des NATO-Angriffs** herausgestellt, darauf verwiesen, daß die militärische Unterstützung der separatistischen UCK eine **massive Destabilisierung des gesamten osteuropäischen Raums** bedeutet und die Frage zuläßt, welches wohl das nächste Land sein wird, das die NATO bombardiert. Hingewiesen wurde darauf, daß der NATO-Überfall **in Rußland eine gefährliche nationalistische Stimmung erzeugt** hat, die zu einer Ausweitung des Krieges führen kann, daß die Türkei seit Jahren mit NATO-Unterstützung die Kurden bekämpft, wobei von Menschenrechten keine Rede sein kann, daß die NATO in ganz Jugoslawien einschließlich Kosova zivile Einrichtungen wie Heizkraftwerke, Wasserwerke, Krankenhäuser, Fernsehsender, Brücken, Straßen, Fabriken und Wohnhäuser zerbombt und so den **Konflikt systematisch eskaliert**, daß Friedensverträge, die die Stationierung der NATO in ganz Jugoslawien beinhalten, **auf die Zerstörung Jugoslawiens zielen**, daß statt humanitärer Hilfe für die Bevölkerung von Kosova eine drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen in Kosova eingetreten ist und daß die Beteiligung Deutschlands an den Angriffen auf Jugoslawien verfassungswidrig und ein Verstoß gegen § 80 StGB ist.

sie nicht nur die staatliche Gewalt gegen sich. Denunziation und nachfolgende Abschiebung haben sich bewährt, um illegalisierte Migrantinnen, die nicht nach Belieben des Chefs oder der Chefin arbeiten wollen, Sexarbeiterinnen, die sich weigern, nach den Regeln des Geschäfts zu funktionieren, oder Ehefrauen, die sich gegen ihren Mann wehren, "elegant" loszuwerden.

### Wir fordern deshalb:

**Eigenständiges Aufenthaltsrecht für geflüchtete Frauen und Migrantinnen !**

**Anerkennung sexistischer Verfolgung und sexualisierter Gewalt als Asylgrund !**

**Kampf dem rasstistischen und sexistischen Normalzustand !**

**Weg mit allen Sondergesetzen gegen MigrantInnen und Flüchtlinge !**

**Schluss mit den Abschiebungen !**

**Weg mit den Abschiebeknästen !**

**Grenzen auf für alle !**

Vorbereitungsplenum Demo Neuss

**Neuss: 12. Juni 1999**  
**Zeit: 12.00 Uhr**  
**Ort: Bahnhof**

### Veranstaltungen im Vorfeld der Demonstration:

#### **Komplexe Machtverhältnisse:**

#### **Rassismus und Sexismus**

mit Laura Mestre-Vives und Vanessa Barth

(Kanak-Attak, Frankfurt am Main)

Theoretische Ansätze zu einer Auseinandersetzung mit der eigenen Praxis

**Fr, 21.5., 20.00, Bahnhof Langendreer (Raum 6)**

#### **Putzen, Pflegen, Prostitution, Ehe -**

#### **Der Traum vom besseren Leben ?**

Frauenmigration und Reproduktionsarbeit

Und wo ist unser solidarisches Handeln ?

u.a. mit Behshid Najafi (agisra)

Gemeinsam veranstaltet von Echse, MONA

und Frauen der Vorbereitungsgruppe Neuss

**Do, 27.5., 19.00, Nur für Frauen**

**internationale Beratungsstelle MONA (Gremmestr. 19)**

#### **Frauenfluchtgründe und**

#### **Lebensumstände von Migrantinnen in der BRD**

Informationsveranstaltung mit Diskussion

**Fr, 28.5., 17.30, Antifa Cafe Anders, Falkenheim**

**Akademiestr. 69**

## Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift  
für Lust und Freiheit

Nr.66 (4/98) enthält u.a.:

★

EXPO NO -

denn die Welt sieht anders aus  
von Gruppe Tipp Ex

★

Lissabon-Bericht zur Konferenz  
Libertärer Kommunalismus

von Wolfgang Haug

★

Kontroverse

Anarchosyndikalisten contra  
Libertäre Kommunisten

★

John Pilger: Noam Chomsky - Zum 70.; SF-Redaktion: Diskussion über politische Zentren; Torsten Proese: Totale Kriegsdienstverweigerung; Jan J. Hofmann: Handbuch der Utopie; Johannes Hilmer: Debatte zwischen Proudhon und Marx; Jürgen Münkens: Olga forever; Martin Droschke: Frauen im 3.Reich; Wolfgang Haug: Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht, etc.

★

Nr.65 (3/98) enthält u.a.:

Das Vampir-Projekt

Wissenschaftler auf der Jagd nach

Genen der Urwohnwohner

von Claus Biegert

◆

Der Libertäre Kommunalismus

Die Erschaffung des Bürgerwesens

von Janet Biehl

★

Gegenöffentlichkeit heute

Krieg um den richtigen Stallgeruch

von Richard Herding

Neu im Trotzdem-Verlag

Hans-Ulrich Grunder: Wir fordern alles -

Weibliche Pädagogik im 19.Jh., 24.-

Paul Lafargue: Recht auf Faulheit, 10.-

Janet Biehl: Libertärer Kommunalismus, 26.-

Michael Seligmann: Aufstand der Räte, 2 Bde.

Standardwerk über die Bayerische

Räterepublik, 78.-

☛ Abonniert!

SF ★Redaktion/Trotzdem

PF 1159, D-71117 Grafenau

Fax 07033 - 45264 & Tel. 07033 - 44273

<http://www.txd.de/trotzdem>

e-mail: [trotzdemSF@t-online.de](mailto:trotzdemSF@t-online.de)



## NATO - INFORMATIONEN ZUR IHRER GRÜNDUNGSGESCHICHTE

**Entwicklung und Entstehung der NATO waren ganz wesentlich bestimmt durch das Verhältnis der USA zur ehemaligen UdSSR, wobei der wesentliche Aspekt darin bestand, das die USA als kapitalistische Führungsmacht zur Grundlage ihrer Politik immer die Vernichtung des Sozialismus gemacht hatte - und auch heute noch macht.**

Die USA waren nach dem 2. Weltkrieg das einzige Land der Welt, das den Krieg ohne Zerstörungen überstanden hatte, die Sowjetunion (SU), Großbritannien und Frankreich waren zwar eigentlich Kriegsgewinner, aber durch den Krieg als kapitalistische Konkurrenz weit zurückgeworfen. Die SU hatte erhebliche Gebietsgewinne im Westen und baute ihren Einfluß in den entstehenden "Volksdemokratien" Bulgarien, Rumänien, Polen und später CSSR aus, wobei die sowjetische Begründung, einen "Schutzwall gegen den Westen" zu bilden, nicht unbegründet war, immerhin war sie in gut 30 Jahren zweimal vom Westen angegriffen und zerstört worden. Für die USA, Großbritannien und Frankreich war dieser "Expansionismus" ein willkommenes Argument, die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln zu suchen. Die USA hatten erst in den zweiten Weltkrieg eingegriffen, als klar war, dass Hitler die SU nicht besiegen konnte. Auch die Atombomben auf Japan waren absolut nicht notwendig und sollten eher der SU die Existenz und den Willen zum Einsatz demonstrieren, mit dem Ziel, immense Rüstungsanstrengungen der SU zu provozieren, sie dadurch wirtschaftlich zu ruinieren und politisch handlungsunfähig zu machen.

### **Die Politik des "roll back"**

Dieser Grundsatz blieb lange Jahre bestehen und drückte sich in den Maßnahmen der Politik des "roll back" (Zurückrollen des Kommunismus) aus. In diesem Zusammenhang ist auch die Entwicklung in Westeuropa zu sehen.

Frankreich und Großbritannien als zerstörte Nationen waren wirtschaftlich von den USA abhängig (1946 Finanzabkommen mit Frankreich).

Sie schlossen sich dann in Beistandsabkommen enger zusammen (1947 Vertrag von Dünkirchen, 1948 Brüsseler Vertrag, einschließlich der Benelux-Staaten), die formal zwar noch gegen Deutschland, eigentlich aber gegen die SU gerichtet waren.

Der in den USA gegen Deutschland bestehende "*Morgenthau-Plan*" (Deutschland zum reinen Agrarland zu machen) wurde schnell fallengelassen, wie überhaupt die Fraktion, die die USA weitgehend aus der Weltpolitik zurückziehen wollte, ausgeschaltet wurde. Stattdessen setzte man alles daran, in Westdeutschland Strukturen und Organisationen aufzubauen, um ein

Machtbereich, aber da sich beide Seiten keine totale Konfrontation leisten können, zieht sich die SU zurück.

Aus bedingter gegenseitiger Anerkennung der beiden Blöcke werden erste Verträge geschlossen wie der Atomteststop-Vertrag, der "heiße Draht" zwischen Washington und Moskau wird eingerichtet. Damit schaffen sich beide Seiten einen halbwegs freien Rücken im Kampf um die sich abzeichnende Neuverteilung der 3. Welt und der Erhaltung bisheriger Einflussgebiete.

Bei den Westeuropäern, insbesondere bei Frankreich, entsteht dadurch der Eindruck, die USA würden Europa nicht mehr unbedingt 'schützen'. Frankreich, inzwischen wirtschaftlich erholt, fordert wesentlich mehr Mitsprache, insbesondere in Nuklearfragen, und sieht Gefahren für sich, wenn es in Konflikte der USA, z.B. in Kuba, Vietnam, Dominikanische Republik usw., hineingezogen würde. Dies führt 1966 zum Austritt Frankreichs aus dem militärischen Bündnis der NATO, in den sonstigen politischen Gremien ist es jedoch weiterhin vertreten und auch die Beistandspakte bleiben bestehen. Der Bruch macht sichtbar, dass sich das Verhältnis der NATO-Staaten untereinander und zu den USA in einem widersprüchlichen Wandel befindet.

Westeuropa ist wirtschaftlich erstarkt und bildet durch Gründung der EG (Vorläufer der EU) einen wirtschaftlich Block, der in zunehmendem Maß in Konkurrenz zu den USA auftritt. Deshalb werden von den USA Zugeständnisse gemacht und über die "Nukleare Planungsgruppe" (im Dezember 1966 gegründet; ständige Mitglieder sind die USA, Großbritannien, Italien, die BRD und im Wechsel drei weitere europäische Staaten) bedingte Mitspracherechte eingeräumt.

1969 dämmert den USA langsam ihr Debakel in Vietnam, da dieser Krieg sie bereits in große wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht hat und sich in den USA und in Europa eine breite Bewegung gegen den Vietnamkrieg entwickelt hat.

Mit dem Präsidentenwechsel Johnson-Nixon wird ein langsamer "ehrvoller" Rückzug vorbereitet, und die USA beginnen, begünstigt durch den Konflikt Chinas mit der SU, erste Kontakte zu China aufzunehmen (1970-72). Mit der SU werden die SALT 1 (\*) - Verhandlungen aufgenommen, fälschlicherweise als "Abrüstungsverhandlungen" bezeichnet, da sie nur dazu dienen, auf einem bestimmten Waffensektor eine sowieso von beiden Seiten nahezu erreichte Höchstgrenze festzulegen, um freie Hand für andere Bereiche zu erhalten.

Gleichzeitig hat in Bonn die SPD die Regierung übernommen und schafft mit den Ostverträgen (SU, Polen, DDR) und dem Viermächteabkommen über Berlin für den Westen insgesamt eine langfristig gesicherte Grundlage für den status quo der Machtblöcke, der deutschen Wirtschaft öffnen sich bis dato ungeahnte Umsatzchancen.

Brandt und Harmel (Belgien) schlagen Verhandlungen über gegenseitige Truppen"reduzierungen" vor, die in Wien allerdings ohne Ergebnis bleiben, um eine

Reduzierung der enorm gestiegenen Personalkosten zu erreichen und andererseits die SU international stärker einzubeziehen und sie somit "berechenbarer" zu machen und durch wirtschaftliche Verflechtung auch im politischen Handlungsraum zu binden. Dies verdeutlicht vor allem die KSZE-Konferenz 1975 in Helsinki.

Als dann 1973 die USA die Möglichkeit einer militärischen Niederlage in Vietnam einsehen müssen, erhält die "Truman-Doktrin" ihren ersten empfindlichen Rückschlag, die USA befinden sich in massiven wirtschaftlichen und "moralischen" Schwierigkeiten. Sie reagieren darauf, indem sie die Kosten für weiteres internationales "Engagement" auf andere Länder verteilen, und zwar so, dass sie ihre Führungsrolle nicht einbüßen müssen, d.h. sie rüsten z.B. Länder mit regionaler strategischer Bedeutung auf (Iran, Agypten).

Mit der SU wird versucht, die Stabilisierung weiter fortzusetzen, nach dem Abschluss von Salt 1 werden die Salt 2 (\*\*) - Verhandlungen aufgenommen und 1978 abgeschlossen..

Auch das Verhältnis USA - Westeuropa hat sich 1973 geändert, die EG ist zu einer wichtigen Wirtschaftsmacht geworden ( 43 % des Welthandels, 35 % der Weltwährungsreserven).

Seit dem 1.1.1973 sind Dänemark, Großbritannien und Irland Mitglieder, dadurch ist die EG für die US-Wirtschaft zu einem ernsthaften Konkurrenten geworden.

### "Innen"politische Aufgaben

Diese Entwicklung brachte wichtige Veränderungen der NATO-Strategie mit sich. Sie veränderte sich zunehmend mehr zu einem politischen Bündnis, das die wirtschaftlichen Interessen des Westens zu seiner Grundlage machte.

Zunehmend gewinnen auch innenpolitische Schwierigkeiten in einzelnen Ländern, bedingt durch Arbeitslosigkeit, Inflation usw., Bedeutung für die NATO. Auf dieser Grundlage werden z.B. das **action committee 46** oder die **special warfare Einheiten** gebildet, Häuserkampf und Fabrikbesetzungen werden regelmäßige Übungsbestandteile, die seit 1960 bestehenden Elite-Einheiten der **allied mobile forces** erhalten neue Bedeutung für "Krisensituationen" wie beim Militärputsch in der Türkei oder in Nordirland.

Gleichzeitig werden zur "sicherheitspolitischen" Diskussion außerhalb der NATO besondere Gremien geschaffen wie die **Trilaterale Kommission** oder 1976 die **Nord-Süd-Kommission**. Für die NATO werden darin Absprachen über Aufgabenverteilung vorgenommen, z.B. erhalten die Europäer eine gewisse Eigenständigkeit in Ausbildungs- und Versorgungskonzepten oder bei einigen Rüstungsprojekten. Dies geschieht über die sog. **euro-group**. Außerdem übernehmen sie Aufgaben zur Stabilisierung des Mittelmeerraumes und Afrikas. Die Aufgabenverteilung zeigt sich an vielen Beispielen:

Portugal wird nach dem Sturz der Diktatur 1974 von der BRD durch massive

"Wirtschaftshilfe" von einem sozialistischen Kurs abgebracht, verbunden mit der Drohung des Ausschlusses aus der NATO und dem Rückzug des BRD-Kapitals. Als in Italien die Kommunisten an die Regierung drängen, droht Kissinger noch mit Repressionen, die BRD aber leistet massive Finanzhilfe und das BKA der italienischen Polizei einige Nachhilfestunden. Die Türkei wird massiv wirtschaftlich und militärisch unterstützt. Frankreich erfüllt seine Rolle als NATO-Partner, z.B. bei den Eingriffen in Zaire oder im Sudan oder in den immer noch abhängigen ehemaligen Kolonien. Die BRD erfüllt zunehmend die wichtigste Aufgabe als wirtschaftlich stärkste europäische Macht und als treuer US-Vasall. Gegenüber der SU wird die "ideologische Konkurrenz" fortgesetzt, Möglichkeiten für wirtschaftliche Expansion ausgelotet (Weizengeschäfte der USA, Verkauf ganzer Stahl- und Autowerke durch die BRD, aber auch Rohstoffsicherung, z.B. Erdgas), um dadurch freie Hand für die Unterdrückung und Ausbeutung der 3. Welt zu erhalten.

### Der "Kampf für Menschenrechte"

Mit der Regierungsübernahme Carters in den USA 1976 wird diese Linie weiter entfaltet.

Beispiele für den "ideologischen Wettstreit" sind Carters "Menschenrechtskampagnen", in der die Unterdrückung russischer Dissidenten beklagt wurde, oder die "Ein Schiff für Vietnam und Kampuchea"-Propagandafeldzüge 1977/78 zur Darstellung der Menschenfeindlichkeit sozialistischer Regime. Hiermit sollte versucht werden, die "moralische" Reinheit und Überlegenheit des Westens, die seit Vietnam arg lädiert war, neu zu begründen. Von Menschenrechten für Schwarze oder Indianer hat Carter natürlich nie gesprochen. Darüberhinaus wird versucht, zu einigen Befreiungsbewegungen Kontakt aufzunehmen, sie verhandlungsbereit und nicht völlig anti-westlich einzustimmen. Hierbei haben die Westeuropäer eine wichtige Aufgabe, da die USA für die allermeisten Bewegungen nicht akzeptabel sind. Exemplarisch lässt sich dies z.B. an den Bemühungen der Bundesregierung um die SWAPO (Befreiungsbewegung in Namibia) feststellen, aber auch an den Anstrengungen der 'Sozialistischen Internationale' (Zusammenschluss sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien) um Kontakte zum nachrevolutionären Iran oder zur PLO. In vielen Fällen wird versucht, sich mit den Befreiungsbewegungen schon vor der Machtübernahme auf guten Fuß zu stellen, oder, wenn das nicht möglich ist, sie zu spalten und notfalls militärisch zu bekämpfen, oder durch massive Aufrüstung der alten Regime, wie in Nicaragua und Südafrika..

Hierbei ist es natürlich wichtig, die SU so weit wie möglich herauszuhalten.

Dazu dienten vor allem die "Nachrüstungs"beschlüsse vom Dezember 1979.

Sie ermöglichten die "neuen Mittelstreckenraketen", die eine große Treffsicherheit haben (bis 30 m), mobil sind, die bisherigen Radaranlagen durch

Computersteuerung unterfliegen und in Europa (BRD) stationiert sind. Das bedeutet, die SU müsste hier eingreifen, wenn sie diese Raketen unschädlich machen wollte. Die Konstruktion von neuen Abwehrwaffen würde die SU in den wirtschaftlichen Bankrott führen, außerdem ermöglichten diese Waffen den USA wieder die Möglichkeit, einen eventuellen Erstschlag zu führen, die festinstallierten russischen Interkontinentalraketen zu zerstören und ggf. noch die Fähigkeit zu einem weiteren Schlag mit eigenen Interkontinentalraketen zu haben, dies war der seit langem geplante und seit 1976 betriebene Versuch des Westens, wesentliche Teile der Welt weiterhin und neu zu beherrschen.

\* Salt 1: Strategic Arms Limitation Talks, Verhandlungen zwischen den USA und der SU, Ratifizierung erfolgte 1972. Der Vertrag beinhaltet den Verzicht auf schwere Abschussrampen und Seegeschosse, jedoch unter Beibehaltung der technischen Weiterentwicklung bestehender Waffensysteme (Zielgenauigkeit, Computer, Mehrfachsprengköpfe). Eine Überwachungskommission sollte auf die Einhaltung achten.

\*\* Salt 2: Im Winter 1974 wurde eine grundsätzliche Einigung zwischen Ford/Kissinger und Breschnew erzielt, die eine Begrenzung aller strategischen Waffensysteme auf zusammen 2400 Einheiten vorsah.

**Interview mit B. BRZEZINSKI, ehem. Harvard-Professor  
und Geschäftsführer der "Trilateralen Kommission"  
(in: US NEWS WORLD REPORT, 30. Mai 1977)**

**Frage:** Mr. Brzezinski, Sie müssen auf die Kritik gefasst sein, dass die Carter-Regierung keinen Sinn für eine klare Linie in ihrer Außenpolitik hat - dass sie in alle Richtungen fließt, was ist Ihre Antwort darauf?

**Brz.:** Ich kann darauf in verschiedenen Weisen antworten. Vor allem, dass so gut wie alles, was der Präsident auf dem Gebiet der Außenpolitik seit Januar getan hat, das Produkt einer vorsätzlichen, planenden Praxis ist, für die er unmittelbar nach der Wahl die Verantwortung übernahm. Fast jede Aktion, die wir unternommen haben - ich würde sogar sagen, jede Aktion, die wir unternommen haben - war Teil eines Planes für die ersten neunzig Regierungstage, der im Londoner Gipfel kulminieren sollte.

Ich glaube, dass dieser Plan sehr systematisch ausgeführt wurde. Das waren keine Aktionen ins Blaue hinein.

Es ist unsere Ansicht, dass wir uns jetzt in einem Stadium der Geschichte befinden, in dem die USA von neuem einen schöpferischen Prozess unternehmen müssen, ein neues Weltsystem zu bilden. Dies unter Berücksichtigung des kulminierenden Prozesses all der Änderungen, die es im Laufe der letzten 10-15 Jahre gegeben hat - die Erscheinung der beträchtlichen Zahl neuer Staaten, die außerordentlich schnelle Dekolonialisierung, das Auftreten neuer sozialer und politischer Ansprüche, die Verdoppelung der Weltbevölkerung.

**Frage:** Sind Sie auf eine neue Ära amerikanischer Führerschaft der Welt aus ?

**Brz.:** Es mag zu scharf und möglicherweise mißverständlich sein, es eine neue Ära amerikanischer Führerschaft zu nennen. Aber es ist sicherlich eine neue Ära amerikanischer Kreativität, diesmal begründet in der Notwendigkeit einer viel größeren Zusammenarbeit mit anderen, als das zwischen 1945 und 1950 der Fall war - als wir uns auf ähnliche Weise für eine internationale Anstrengung engagiert haben.

**Frage:** Bedeutet das Zusammenarbeit mit der Sowjetunion oder sind die Russen dafür immer noch zu feindselig gesonnen ? Fordern Sie tatsächlich Moskau heraus, uns bei der Bildung einer friedlichen Zukunft zu helfen ?

**Brz.:** Was wichtig ist, ist ein Rahmenwerk der Kooperation zu schaffen, das Wettbewerb einschließt und Aggression verhindert. Wir versuchen bei der Behandlung von Problemen, die uns eventuell mit wirklich tiefem Dilemmas konfrontieren, ein gegenseitiges Beteiligtsein mit der SU zu stimulieren.

Ich kann es so sagen: Wir fordern die Sowjets dazu heraus, mit uns zu kooperieren oder in Bezug auf die großen Fragen unserer Zeit historisch irrelevant zu werden.

**Frage:** Sie meinen, Entspannung kann keine Einbahnstraße sein ?

**Brz.:** 'Beidseitig' bedeutet, dass die Regeln des Spiels für beide Seiten dieselben sind. Es bedeutet, dass eine Seite sich nicht dazu frei fühlen kann, revolutionäre Prinzipien zu proklamieren oder gewisse unvermeidliche Gesetze der Geschichte, die ihr das Recht geben, die Sozialordnung anderer Gesellschaften zu beurteilen oder sich sogar direkt auf dem Wege revolutionärer Gewalt engagieren kann und es dann gleichzeitig als einen Akt der Intervention zu betrachten, wenn die andere Seite auf ihren eigenen Werten und ihren fundamentalen Prinzipien besteht.

**Frage:** Zu einem anderen Gebiet - Afrika: Was versuchen die USA dort ?

**Brz.:** Wir meinen, dass in der Art Welt, in der wir leben, das Prinzip der Mehrheitsregierungen die Basis der internationalen Ordnung in Afrika zu sein hat. Zweitens meinen wir, dass gerade weil die Errichtung einer Mehrheitsregierung lange verzögert wurde, ihre Forderung heute viel dringender, potentiell viel destruktiver geworden ist.

Drittens ist es unsere Absicht, zu versuchen, die Transformation des schwarz-weißen Konflikts in Südafrika in einen rot-weißen Konflikt zu vermeiden - was es leicht werden kann, wenn die Gewalt eskaliert und wenn ausländische aggressive Mächte reingezogen werden.

All das zusammengekommen ist unsere Absicht, der Versuch, das Gewicht, das wir haben, zu einer schnellen Bewegung hin zur Mehrheitsregierung in Rhodesien und Namibia zu nutzen.

(Teil II über die aktuelle NATO-Strategie folgt  
in der kommenden Ausgabe )

## 2. ANTIFA-FESTIVAL RUHR IN ESSEN - EIN ERFOLG DER SOLIDARITÄT !

Am 20. März ging in der Essener Zeche Carl das 2. Antifa-Festival Ruhr des AFB über die Bühne - es war mit über 300 zahlenden Gästen und rund 2000,- DM Reinerlös ein Erfolg der antifaschistischen Solidarität.

Das Geld wurde der ROTEN HILFE zur Unterstützung der PASSAUER ANTIFA überwiesen.

Vier Bands - Sons of Gastarbeits, Flat Fred and the Brains, Das Untergangskommando und Dritte Wahl - traten ohne Gage auf und sicherten so in erster Linie den finanziellen Erfolg.



Der AFB als Organisator hat im Vorfeld das ihm Mögliche unternommen, das Konzert bekanntzumachen und seine organisatorische Durchführung zu garantieren, die Gastgeber der Zeche Carl haben durch eigene Werbung und das kostenlose Zurverfügungstellen von Saal und eines Teils der Security ebenfalls einen wichtigen Beitrag geleistet.

### Ein politischer Erfolg !

Wir haben im AFB im Nachhinein lange darüber diskutiert, ob wir das 2. Festival im Vergleich mit dem 1. Festival in Marl im vergangenen Jahr auch als *politischen* Erfolg einschätzen und sind unterm Strich zu einer positiven Antwort gekommen, und zwar aus folgenden Gründen:

Im Unterschied zu Marl im vergangenen Jahr waren diesmal *alle* teilnehmenden Bands klar politisch antifaschistisch-antirassistisch positioniert.

Neben dem AFB hatten diesmal drei weitere Organisationen Büchertische aufgebaut (in Marl war dies nur eine), und zwar die SDAJ, die Unabhängige Antifa Aktiv aus Essen und die Internationale Jugend.

Konzertsaal und Vorraum waren Teil einer Gesamtveranstaltung, während in Marl der Eingangsbereich (mit den Büchertischen) fast nur als Schleuse zum Konzertsaal erschien. So war Platz und Zeit für politische Gespräche und Kontakte.

Das politische Ziel des Festivals wurde durch einen anschaulichen Redebeitrag eines Vertreters der Passauer AntifaschistInnen erläutert.

Zumindest zur SDAJ und zur Internationalen Jugend wurden bestehende Kontakte ausgebaut, beide Organisationen waren auch durch Übernahme wichtiger Aufgaben an der Gesamtorganisation des Festivals beteiligt.

Eine weitere Organisation, SJD Die Falken, hat durch ruhrgebietsweite Bekanntmachung in ihren Strukturen die Werbung für das Festival unterstützt.



**Wenig organisatorische Fehler !**

Wir hatten in der Vorbereitung den Schwerpunkt der Werbung auf zwei Bereiche gelegt: Zum einen wollten wir die in den Antifa-Gruppen im Ruhrgebiet Aktiven zur Teilnahme gewinnen, zum anderen vor allem Jugendliche aus dem - im weitesten Sinne - antifaschistischen Umfeld interessieren. Das ist zum Teil gelungen, wobei es aber einige Faktoren gab, die eine noch größere Teilnehmerzahl verhinderten. So waren z.B. in einigen Städten organisierte AntifaschistInnen an diesem Tag bei der Unterstützung von Newroz-Aktivitäten eingebunden, die sonst wohl auch zum Festival gekommen wären.



Zudem gab es an diesem Tag weitere Veranstaltungen, die für Menschen aus dem antifaschistischen Spektrum von Interesse waren, so ein Konzert zur Unterstützung der Tierrechte und eine weitere Soli-Fete für die Passauer Antifa.

Inwieweit sich ein Gerücht negativ auswirkte, das auf einem Treffen autonomer Antifa-Gruppen des Ruhrgebiets verbreitet wurde, dass man bei dem Festival nicht sicher sein könne, ob der Reinerlös auch tatsächlich der Passauer Antifa zukommen werde, können wir nicht beurteilen - ein Kommentar zu einem solchen Vorgang erübrigt sich wohl.

Einziger echter Fehler in der Organisation war die Tatsache, dass mit der Auflösung der Kasse auch die Security im Eingangsbereich abgezogen wurde. Das führte dazu, dass in der verbleibenden Zeit noch reichlich Alk von außen eingeschleust wurde, was bei einigen ZuschauerInnen doch zu bösen Ausfällen führte. Es gab zwar keine größeren Probleme, aber immerhin mussten zwei Leute vom Notarzt ins Krankenhaus gefahren werden. Außerdem hatten die AFB-Leute nach Ende des Konzerts dadurch einigen Stress mit den Aufräumarbeiten.

Ein abschließendes Wort zum Publikum: Wie schon erwähnt, kam der größte Teil aus politischen Gründen zum Festival, aber einem kleineren Teil aus dem Punk-Milieu gingen die politischen Inhalte echt am Arsch vorbei, und so verhielten sie sich auch. Schon beim Auftritt der ersten Gruppe, der Sons of Gastarbeit, fiel diese Gruppe unangenehm auf, als sie den mehrfachen Aufforderungen der Sons nicht folgten, den Platz vor der Bühne für die weiter hinten Stehenden freizumachen. Die Punks bildeten quasi eine Sitzblockade vor der Bühne und machten es sich dort gemütlich, alles andere interessierte sie nicht. Am Ende des Konzerts war ein großer Teil von ihnen derart sturzbetrunken, dass man sich fragen muss, warum sie überhaupt zu einem solchen Festival gekommen sind - ein reines Besäufnis hätten sie anderswo billiger haben können.

**Ein abschließendes Wort zum Publikum:**

Am Ende des Konzerts war ein großer Teil von ihnen derart sturzbetrunken, dass man sich fragen muss, warum sie überhaupt zu einem solchen Festival gekommen sind - ein reines Besäufnis hätten sie anderswo billiger haben können.



**Antifaschistischer Bund (AFB)**



## OSTERMARSCH '99

An den Ostermärschen haben sich in diesem Jahr erwartungsgemäß deutlich mehr Menschen beteiligt als in den vergangenen Jahren. Zur Teilnahme aufgerufen hatten diesmal auch Organisationen wie die MLPD. Wie letztes Jahr nahmen auch dies Jahr zahlreiche Menschen aus Kurdistan teil, die auf die Verlogenheit des als "humanitäre Aktion" getarnten Luftkriegs der NATO gegen Jugoslawien aufmerksam machten und forderten, dass keine Waffen an die Türkei geliefert werden dürfen. Der Westen müsse sich für die Freilassung von Abdullah Öcalan einsetzen, dessen Festnahme er zu verantworten habe. Während die NATO den Krieg der Türkei zur Unterdrückung des kurdischen Volkes unterstütze, werde von derselben NATO ein Krieg angeblich zur Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Kosovaren geführt.

Diese Argumentation fand breite Zustimmung auch bei den deutschen Ostermarschierern.

Unter den Teilnehmern waren diesmal auch Gruppen von Menschen aus Jugoslawien zu finden, die durch lautstarke "Jugoslavija, Jugoslavija"- Rufe ihre Teilnahme für das von der NATO angegriffene Land bekundeten. Sie wurden von den Organisatoren des Ostermarsches ausdrücklich begrüßt. Dass das Milosevic-Regime in Kosova eine Politik des Massenmordens, der schweren Mißhandlungen, Vergewaltigungen, Dorfverbrennungen und massiver Vertreibung betreibt, dazu war von diesen Gruppen nichts zu hören. Leider auch nichts oder nicht viel von den Organisatoren des Ostermarsches, insbesondere nicht von DKP und PDS. Einzige Ausnahme bildet hier eine Kritik in der von der PDS-Bundestagsfraktion herausgegebenen *Zeitung gegen den Krieg*. Hier wurde ein Brief der PDS-Fraktion an Milosevic vom 19.1.1999 abgedruckt, in dem sie ihr Entsetzen über das Massaker in Racak bekundet und rückhaltlose Aufklärung dieses Verbrechens fordert. Zudem wird die jugoslawische Regierung aufgefordert, sämtliche Schritte zu unterlassen, die zu einer weiteren Eskalation des Konfliktes beitragen: *"Eine Politik, die sich auf Massaker und brutale militärische und polizeiliche Übergriffe stützt, stärkt die Kräfte, die militärische Interventionen befürworten, provoziert eine unkalkulierbare Ausweitung des Konfliktes und nimmt weiteres Blutvergießen in Kauf."*

Auch die Antwort der jugoslawischen Regierung wurde abgedruckt, in der es heißt: *"Es geht im Kosovo schon lange nicht mehr allein um das gleichberechtigte Zusammenleben der Albaner, Serben, Montenegriner und Roma, sondern vor allem darum, ob die USA einen Vorwand finden, militärisch loszuschlagen."*

Zitiert wird auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer: *"Man muss oft den Eindruck haben, dass die Europäer deshalb nichts (auf dem Balkan) zustandebringen dürfen, damit die USA hier eingreifen können."*

Ein Flugblatt der KPD gegen den NATO-Krieg verurteilt deutlich die brutale Mord- und Vertreibungspolitik des Milosevic-Regimes und fordert das Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung des Kosovo, an welchem beide Kriegsparteien, die NATO und Jugoslawien, nicht interessiert seien.

Ausnahmen von der Regel gab es auch bei den RednerInnen. So äußerte der Redner auf der Abschlusskundgebung in Dortmund, Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. in Tübingen, deutliche Kritik an der Politik der jugoslawischen Regierung und zitierte aus Stellungnahmen der Opposition in Jugoslawien. Bei diesen Passagen seiner Rede (siehe auch Abdruck in dieser Ausgabe) wurde er insbesondere von Teilnehmern jugoslawischer Herkunft mit Protestrufen wie "Lüge, alles Lüge !" unterbrochen, ließ sich davon aber nicht aus dem Konzept bringen.

Schon vorher war es bei der Kundgebung in Dorstfeld zu einem Wortgefecht gekommen, weil eine deutsche Teilnehmerin über Mikrofon erklärt hatte, sie marschiere hier nicht nur aus Protest gegen den NATO-Krieg, sondern auch, um gegen die Massaker des Milosevic-Regimes an der albanischen Bevölkerung zu protestieren, was mit Beifall auch von Seiten kurdischer und türkischer Teilnehmer bedacht wurde. Vielerorts wurden Protestaktionen gegen den Krieg der NATO organisiert, es gab daneben allerdings auch Pro-NATO-Demonstrationen, an denen sich vor allem albanische Menschen aus dem Kosovo beteiligten.

Es wird in der weiteren Zukunft sicher von wesentlicher Bedeutung sein, ob sich eine gemeinsame politische Perspektive der Kriegsgegner entwickelt, die für die Interessen aller Völker auf dem Balkan, gegen jeglichen Nationalismus, gegen NATO-Agression und für internationale Solidarität eintritt.

KD

**Rede von Tobias Pflüger zum Abschluss des Ostermarsches in Dortmund am 4.5.1999**

Liebe Freundinnen und Freunde!

Seit dem 24. März befindet sich Deutschland mit im Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Jeden Tag wird die Situation in Jugoslawien und besonders im Kosovo schlimmer. Die NATO gibt vor, zu bombardieren, um eine "humanitäre Katastrophe" zu verhindern. Doch ganz offensichtlich und nicht unerwartet, wird diese "humanitäre Katastrophe" durch die NATO-Bomben täglich schlimmer. Die NATO-Bomben sind eine wesentliche Ursache für das Flüchtlingselend.

Wir bekommen derzeit den traurigen Beweis vorgeführt, dass mit Militär und Krieg kein Frieden herbeigebombt werden kann.

Wir fordern von hier aus einen sofortigen Stopp der Luftangriffe! Stoppt das NATO-Bombardement jetzt! Über Jahre hinweg haben die NATO-Staaten und Deutschland die zivilen Kräfte im Kosovo hängen lassen und politisch nicht unterstützt. Der Konflikt wurde erst dann interessant, als ein kriegerischer Konflikt daraus wurde.

Die UCK wurde vom Westen hochgezüchtet und aufgerüstet.

Das vielgelobte Rambouillet-Abkommen war ein unannehmbarer Diktat-Frieden der westlichen Staaten. Um einen ehrlichen Kompromiss ging es dort nie. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kommentiert das so: *"Mit zunehmend imperialer Geste betreiben die Vereinigten Staaten ihre Außenpolitik."*

Es ist eine üble Heuchelei der Verantwortlichen der NATO-Staaten: Bei den Bombardements geht es nicht um Hilfe für Menschen in Not, hier geht es um eine menschenverachtende Demonstration militärischer Stärke!

Diese Bombardements werden fortgeführt und Tag und Nacht verschärft, weil die NATO ihr Gesicht nicht verlieren will.

Mir ist jeder Mensch, der nicht umgebracht wird, lieber als das Gesicht eines Militärbündnisses!

Was nach den Bomben kommen soll, konnte und kann niemand sagen.

Über Jahre hinweg haben die NATO-Staaten und Deutschland die oppositionellen Kräfte in Jugoslawien hängen lassen und politisch nicht unterstützt.

In einer E-Mail der Opposition in Belgrad heißt es: *"Die Lage verschlechtert sich permanent, doch wir wissen, dass die Verantwortung des Militarismus global und lokal unseren Spielraum gefährlich reduziert, und bald wird es keinen Spielraum mehr geben."*

Die jahrelang vom Westen im Stich gelassene jugoslawische Opposition fordert dringend ein Ende der NATO-Bombardements.

Der bisherige Chef-Redakteur des unabhängigen Radiosenders B 92, Veran Matic, hat in einem dringlichen Brief vom 30.3. geschrieben:

*"Das Kind mit dem Bad weggebombt - die NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien wurden angeordnet, um die Kriegsmaschinerie von Milosevic zu stoppen. Das weitergehende Ziel lag darin, die Bevölkerung in Kosovo und diejenigen in Serbien zu schützen, die ebenfalls Opfer des Milosevic-Regimes sind."*

*Die Realität der Bombardierung sieht anders aus: Das Leben von 10,5 Millionen Menschen wird aufs Spiel gesetzt und eine Angriffswelle in Kosovo und in Serbien ausgelöst, mit der die demokratischen Kräfte in die Flucht geschlagen werden. Der Bombenteppich hat die Arbeit der reformorientierten Kräfte in Montenegro und in den serbischen Gebieten von Bosnien-Herzegowina sowie ihre Anstrengungen für den Frieden unterminiert.*

*Stattdessen erfüllt die NATO ihre selbstgesetzten Erwartungen und Untergangsprophetieungen: Mit jeder Bombe, die einschlägt, vergrößert sich die humanitäre Katastrophe, die die NATO eigentlich verhindern sollte. Es ist nicht einfach, diese Kriegsmaschinerie zu stoppen, wenn sie einmal mit voller Wucht in Gang gesetzt wurde. Aber ich rufe die Mitglieder der NATO dringend auf, einen Moment einzuhalten und über die Folgen ihres Handelns nachzudenken. Politische Kommentatoren und Analytiker fragen schon, ob es bei diesen Luftangriffen wirklich um die Rettung der Bevölkerung in Kosovo gehe.*

*Die meisten dieser Menschen fühlen sich verraten von den Ländern, die für sie Vorbilder waren. Diese Leute werden nun gezwungen, die Waffen zu ergreifen und sich ihren Söhnen anzuschließen, die bereits in der Armee dienen.*

*Aber ich komme auch hier nicht darum herum zu fragen: Wie können F-16 verhindern, dass sich Menschen gegenseitig auf der Straße umbringen? Mir scheint, dass sich der Westen mit diesen Angriffen von den Menschen - Albanern, Serben und anderen, die in der Region leben - verabschiedet hat.*

*Die Bomben der NATO haben die keimenden Samen der Demokratie aus dem Boden von Kosovo, Serbien und Montenegro herausgesprengt und sichergestellt, dass sie für lange Zeit nicht mehr sprießen werden. Die prodemokratischen Kräfte in der Republika Srpska, dem bosnisch-serbischen Gebiet, sind aufs Spiel gesetzt worden. Die Intervention der NATO hat auch dem lokalen Krieg gegen den prodemokratischen Präsidenten von Montenegro, Milo Djukanovic, grünes Licht gegeben. Die unabhängigen Medien in Serbien haben jahrelang Nationalismus, Hass und Krieg bekämpft. Als Vertreter dieser Medien und als Mensch, der mehr als einmal die Konsequenzen seiner politischen Überzeugungen zu tragen hatte, rufe ich US-Präsident Bill Clinton auf, die Angriffe der NATO gegen mein Land zu beenden."*

So weit Veran Matic.

Gestern morgen (am 2.4.1999) haben im übrigen jugoslawische Polizei und Justiz den Sender B 92 endgültig geschlossen und einen neuen, regierungstreuen Direktor eingesetzt.

Auch gegen diese willkürliche Pressezensur in Serbien protestieren wir in aller Deutlichkeit.

Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit!

Hermann Hesse hat einmal gesagt: "Krieg kommt nicht aus dem blauen Himmel herunter. Er muss vorbereitet werden."

Genauso ist es auch bei diesem ersten Angriffskrieg der Bundeswehr und der NATO.

Die Bundeswehr wurde vorbereitet auf ihre Kriegsführungsfähigkeit. Die alte Regierung mit dem Militärminister Volker Rühle und dem Bundeskanzler Kohl hat die Bundeswehr Schritt für Schritt verändert, von einer Bundeswehr, die offiziell zur Landesverteidigung da war, hin zu einer Bundeswehr für weltweite Kampf- und Kriegseinsätze.

Es wurden Krisenreaktionskräfte (KRK) geschaffen mit dem Kommando Spezialkräfte (KSK) an der Spitze.

Seit dem Ende des Kalten Krieges wurden mit einer Salamatik die Einsatzoptionen der Bundeswehr Stück für Stück ausgebaut. Auslandseinsätze "ohne militärischen Sinn" (so Bundeswehroffiziere) wie Kambodscha oder Somalia waren dazu da, um die deutsche Bevölkerung in kleinen Dosierungen an eine Bundeswehr zu gewöhnen, die weltweit eingesetzt wird.

Mit dem Begriff "humanitäre Hilfe" wurde der Bevölkerung eingebleut, Militär sei dazu da, Menschen weltweit in Krisen und Konflikten zu helfen. Ziel der Salamatik der Bundeswehrführung war

aber immer eine Bundeswehr, die in Kampf- und Kriegseinsätze geschickt werden kann, ohne dass daheim eine Bevölkerung dagegegen aufsteht.

Der ehemalige Militärminister Volker Rühle und sein damaliger Generalinspekteur Klaus Naumann haben diese Veränderung der alten Bundeswehr zur neuen Bundeswehr mit Kampf- und Kriegseinsatzoptionen Schritt für Schritt umgesetzt.

Der letzte Schritt zum Kriegseinsatz selbst blieb aber der schwarz-gelben Bundeswehrführung versagt, diesen letzten Schritt setzte die neue, rot-grüne, Bundesregierung um.

Es ist eine Schande, dass die neue Bundesregierung im Bereich Außen- und Militärpolitik auf Kontinuität setzt! Es ist eine Schande, dass die neue, rot-grüne, Bundesregierung die Militarisation der Außenpolitik fortsetzt!

Durch den - vermutlich falschen - Eindruck, hier seien Menschen an der Regierung, die früher einmal für die Positionen der Friedensbewegung standen, bekam die Zustimmung für konkrete Kriegseinsätze sogar noch eine höhere Legitimation.

Kriegsminister Rudolf Scharping durfte nun das letzte Stück der Salami abbeißen und in den Krieg ziehen.

Heute (am 3.4.) ist in den Zeitungen zu lesen, dass ihm die jetzigen Krisenreaktionskräfte nicht mehr ausreichen, er will eine Aufstockung der weltweit einsetzbaren Truppen.

Genau das Gegenteil fordern wir: eine Auflösung der Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr als ersten



Ostermarsch in Bremen

Schritt einer qualitativen Abrüstung !

Mit welchen Einheiten beteiligt sich die Bundeswehr am Angriffskrieg der NATO ?

Das sind bisher 5500 Soldaten, davon sind 3000 im Aufmarschgebiet der NATO, in Mazedonien, stationiert. Die Speerspitze für die NATO-Luftangriffe sind acht RCR-Tornados vom Jagdbombergeschwader Lechfeld bei Landsberg in Oberbayern; sie sind in Piacenza (Italien) zusammen mit sechs Aufklärungstornados vom Geschwader 51 aus Jagel in Schleswig-Holstein stationiert.

Die ECR-Tornados werden (jeweils) von zwei Soldaten geflogen und sind mit sogenannten HARM-Raketen bestückt. Die ECR-Tornados praktizieren die "Vorneverteidigung": "Gegnerische Radaranlagen anpeilen, deren Leitstrahl blitzschnell zurückverfolgen und die Anlage des Gegners zerstören." Insgesamt sind in Piacenza 350 Bundeswehrsoldaten, darunter Techniker, Nachschubexperten, Sanitäter und Küchenpersonal. Ich rufe alle Soldaten aller Seiten dazu auf, den Kriegsdienst zu verweigern und zu desertieren!

Wir könnten und müssten neben Protestaktionen in den Städten uns auch direkt mit den kriegsführenden Bundeswehreinheiten auseinandersetzen.

Die Stationierungsorte der Kriegseinheiten bieten sich an als Orte für direkte gewaltfreie Aktionen oder Proteste ! Auch die NATO wurde vorbereitet auf ihre Kriegsführungsfähigkeit.

Morgen, am 5.3.1999, wird die NATO fünfzig Jahre alt, mir wäre es recht, wenn die NATO es genau bei diesen 50 Jahren belassen würde.

Immer wieder war in den letzten Jahren von der "neuen NATO" die Rede. Doch die neue NATO wurde bisher "nur" in den Armeestrukturen umgesetzt oder stand auf dem Papier.

Das letzte Grundlagenstrategiepapier der NATO wurde 1991 verabschiedet. Genau einen Monat nach dem Beginn des ersten Angriffskrieges der NATO wird sich die NATO am 24. April 1999 in Washington selbst feiern.

Rechtzeitig zum Geburtstag wurden drei neue Mitglieder aufgenommen: Polen, Tschechien und Ungarn. Doch zentraler als die Aufnahme neuer Mitglieder ist die Verabschiedung einer neuen NATO-Strategie.

Im nicht-öffentlichen Strategiepapier der NATO wird die Entwicklung von 1991 weiter fortgesetzt: weitere Verstärkung der Krisenreaktionskräfte und weiterer Ausbau von Kampfseinheiten.

Der Angriffskrieg gegen Jugoslawien ist also auch eine konsequente Umsetzung der neuen NATO-Strategie.

Wir fordern einen sofortigen Stopp der neuen NATO-Strategie !

Die rot-grüne Bundesregierung führt Krieg. Ich bin über jeden froh, der in den Parteien SPD und Grüne gegen den Krieg kämpft, wenn ich auch immer weniger Chancen dafür sehe.

Die Hauptaufgabe der Friedensbewegung ist jedoch, von außen Druck zu machen. Über Jahre hinweg war

Außen- und Militärpolitik ein Tabu-Thema. Lasst uns wieder eine Diskussion über Außenpolitik, Militärpolitik und die Bundeswehr in die Gesellschaft tragen. Lasst uns eine Diskussion über diesen Krieg tragen in die Schulen, in die Parteien, in die Universitäten, an die Arbeitsplätze, in die Gewerkschaften und in die Kirchen !

Die Spitze der Gewerkschaften hat sich solidarisch erklärt mit dem Krieg. Ich weiß, dass es an der Basis der Gewerkschaften auch anders aussieht. Lasst uns Druck machen innerhalb der Gewerkschaften gegen den Krieg !

Die Spitze der Kirchen hat sich solidarisch erklärt mit dem Krieg. Ich weiß, dass es an der Basis der Kirchen auch anders aussieht. Lasst uns Druck machen innerhalb der Kirchen gegen den Krieg.


**Ich fasse zusammen. Wir fordern:**

- Die Bombardements sofort einstellen !
- An alle Soldaten: Verweigert den Kriegsdienst oder desertiert !
- Aufnahme aller Flüchtlinge, die hierher wollen !
- Stopp der neuen NATO-Strategie !

**Informationstelle Militarisierung (IMI) e.V.**  
Burgholzweg 116/2, 72970 Tübingen

**BUCHLADEN**

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK  
 • SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND  
 • SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •  
 • ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •  
 • MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA  
 Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00  
 Literatürkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)  
 44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Attatroll

Buchladen GmbH



Herner Str. 16  
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002  
Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00

Partner der  
Büchergilde

## TÜRKISCHE FASCHISTEN AUF DEM VORMARSCH

- Zum Ausgang der Wahlen in der Türkei -

Am 18. April wurde in der Türkei ein neues Parlament gewählt. Mit 18 Prozent der Stimmen zogen die türkischen Faschisten von der MHP ins Parlament ein - ein Ergebnis, das vor allem auf die verschärfte Hetze gegen die Kurden, aber auch auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass sich die MHP erfolgreich ein 'gemäßigtes', 'modernes' Image zu geben verstand.

Ein weiterer Grund dürfte darin bestehen, dass das Militär klargestellt hat, dass es den Einfluss der Islamisten nur bis zu einem gewissen Grad duldet - die MHP hat von dieser Seite zweifellos wenig zu befürchten.

Man könnte fast den Eindruck bekommen, dass in der Türkei die Partei gewählt wurde, die am glaubhaftesten zu versichern verstand, sie werde Öcalan auf jeden Fall hinrichten - und in dieser Hinsicht ist auf die MHP ganz gewiss Verlass.

Aber auch die übrigen Parteien standen der MHP kaum nach, was nationalistische und rassistische Hetze betrifft. Dies gilt auch für die "Linksdemokraten" der DSP um Bülent Ecevit, die zwar mit 22 Prozent der Stimmen stärkste Partei wurden, nun aber keine "starke" Regierung bilden kann, wie es die bürgerlichen Wahlkommentatoren analysieren.

Nach solchen Vorstellungen wäre es eine "starke" Regierung, wenn entweder die DSP oder die Partei des Rechten Weges (DYP) um Mesut Yilmaz in der Lage wären, ohne die islamische Tugendpartei (Fazilet) zu regieren.

Diese jedoch verlor - entgegen allen demoskopischen Voraussagen - einen großen Teil ihrer Wähler an die MHP, vor allem in Zentra-

lanatolien. In der Region zwischen Tokat und Antalya, zwische Ankara und Kahramanmaras hat die MHP traditionell ihre Hochburgen. Solange die Fazilet hier als Hoffnungsträgerin galt, hatte sie die nationalistischen Stimmen an sich binden können. Nachdem der türkische Staat die Fazilet aber zunehmend mit Verbot und Illegalisierung bedroht, haben nun viele auf die MHP gesetzt, die von "demokratischen" Parteien und vom Parlamentarismus nicht viel halten.

Die MHP hat es dabei vor allem verstanden, sich als einzige "wahre" Partei der Türken zu repräsentieren. Sie mobilisierte die Hinterbliebenen der in Kurdistan gefallenen Soldaten und beschuldigt die übrigen Parteien, mit den Kurden nicht "gründlich" abgerechnet zu haben. Sie mobilisiert massiv anti-europäische Stimmungen und verhilft der faschistischen Vision der "Einheit aller Turkvölker" zu neuer Blüte.

Die weit verbreitete "Kritik" an der Verbindung von Staat

und mafiaähnlichen Banden, Korruption und Macht der Regierungen hätte im Kern gerade die MHP treffen müssen, ist sie doch maßgeblicher Kern der Banden und Todes-Schwadronen. Auch innerhalb der Militärführung ist sie vertreten. Dass dies in Zentralanatolien anders gesehen wird, zeigt dies Wahlergebnis: Den Ecevits, Cillers und Yilmaz wird nicht vorgeworfen, dass sie nicht demokratisch genug, sondern zu "demokratisch" sind. So ist es kein Wunder, dass sogar der im Rahmen des Susurluk-Skandals angeklagte ehemalige Innenminister Mehmet Agar erneut ins Parlament gewählt wurde - offiziell als "parteiloser" Abgeordneter, aber er gehört selbstverständlich zur MHP-Fraktion, die mit real 160 Abgeordneten sogar stärkste Fraktion des Parlaments geworden ist.

Der Wahlsieg der Faschisten wird die Situation in der Türkei und die Repression gegen die KurdInnen weiter verschärfen. Gab sich die MHP während des Wahlkampfes partiell moderater -

so äußerte MHP-Chef Devlet Bahçeli gegenüber der Zeitung *Sabah*: "Wir haben unsere Linie aus den 70er Jahren nicht geändert, aber wir sind heute weniger aggressiv." -, so zeigte sich ihr wahrer Kern schon am Tag nach der Wahl: Überall feier-

Geschäft in Brand; anschließend zogen sie durch die Stadt und zerstörten kurdische Geschäfte und Kioske sowie Häuser, in denen Kurden wohnten. Die Feuerwehr wurde daran gehindert, die Brände zu löschen. Polizei und Militär griffen während

samen Liste mit der kurdischen HADEP zu kandidieren. Die HADEP zog mit 4,7 Prozent zwar nicht ins Parlament ein, übertraf aber das Ergebnis von 1995 und stellt in den kurdischen Gebieten 39 Bürgermeister, davon sieben in großen Städten und zwanzig in weiteren Kreisstädten. In der Provinz Diyarbakir erreichte sie 63,7 Prozent und stellt auch den Oberbürgermeister der Provinz.

In Kurdistan fanden die Wahlen "im Schatten der Waffen" statt. Tausende waren in den letzten Wochen und Monaten vor der Wahl festgenommen worden, massenhaft Säcke mit Wählerstimmen für HADEP wurden verschwinden gelassen, es gab Verletzte und Tote. Zudem konnten Millionen von kurdischen Inlandsflüchtlingen in den Gekondus an den Rändern der Großstädte es nicht wagen, sich für die Wahlen registrieren zu lassen.

Die Türkei steuert auf einen Bürgerkrieg zu, da die MHP den am 31. Mai beginnenden Prozess gegen Abdullah Öcalan nutzen will, eine Generaloffensive gegen die KurdInnen zu eröffnen.

Das kurdische Volk wird aber mit Sicherheit nicht tatenlos zusehen. Die Möglichkeit einer "friedlichen" Lösung der Kurdenfrage scheint vorerst ohne jede Chance.

**Stephan W. Born (AFB)**



ten die MHP-Anhänger aggressiv ihren Sieg, zeigten den Wolfsgruß und deuteten an, dass sie jetzt mit der "Endlösung" der Kurdenfrage ernst machen wollen. Dass dies keine leeren Drohungen sind, bewiesen sie am 2. Mai in Mersin. Eine Gruppe von ca. 40 MHP-Anhängern unter Führung Levent Kocalks betrat in Silifke-Tasucu ein kurdisches Geschäft und begann, den Inhaber Tayip Atabay zu provozieren und zu beleidigen. Es kam zu einer Auseinandersetzung, die in einer Schießerei eskalierte. Dabei wurde Levent Kocak tödlich getroffen. Daraufhin setzten die MHP-Anhänger das

der Überfälle nicht ein; Presseberichterstatte wurden nicht in die Stadt gelassen. Der zur ANAP-Partei gehörende Bürgermeister, Emin Gülec, erklärte, dass die Angriffe von der MHP geplant durchgeführt worden seien.

Auch die ständigen Lynchversuche gegen Anwälte Abdullah Öcalans gehen maßgeblich auf das Konto der MHP.

Eine herbe Schlappe erlitt die türkische Linke bei den Wahlen. Die ÖDP mit 0,7 Prozent, die EMEP und die SIP mit sogar nur 0,1 Prozent. Im Vorfeld hatten sich diese Parteien hartnäckig geweigert, auf einer gemein-

## INTERVIEW MIT MEHMET BARAN, GENERALSEKRETÄR DER KURDISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (KKP)

**Frage:** Was charakterisiert die gegenwärtige politische Lage in der Türkei, nachdem das Regime die Repressionen gegen kurdische und andere Demokraten erneut verschärft hat?

**Mehmet Baran:** Die Türkei befindet sich in einer politischen Krise. Der Staat und das Kapital waren nicht in der Lage, eine Regierung zu bilden, die eine politische Stabilität hervorbringen kann. Die fortschreitende Zersplitterung der Mitte-Rechts- und der Mitte-Links-Parteien ist einer der Gründe für diese Krise. Trotz aller Bemühungen ist es den Kapitalisten und der alles beherrschenden Armee nicht gelungen, eine Einheit in der Bourgeoisie und ihrer Politik herbeizuführen. Ein weiteres Indiz für die politische Krise ist die Abrechnung des Systems mit dem politischen Islam. In den letzten dreißig Jahren war es der Staat selbst, der den politischen Islam gefördert hat mit der Zielsetzung, eine Barriere zuerst gegen die kommunistische Bewegung, dann gegen die kurdische Nationalbewegung zu errichten.

Es gibt zwei Gründe, warum heute der Staat gegen den politischen Islam ist. Erstens: Der Staat hat den politischen Islam nicht mehr als Barriere nötig, da der Kommunismus zur Zeit keine Gefahr darstellt, und auch der nationale Kampf der Kurden hat - zumindest teilweise - an Gefährlichkeit eingebüßt.

Zweitens: Der politische Islam, der sich für die Einführung der Scharia einsetzt, stellt jetzt selber Machtansprüche und

schwächt so das Regime. Aus diesen beiden Gründen versucht das Regime seit etwa zwei Jahren, den politischen Islam an die Kandare zu nehmen. War es gestern noch das Ziel des Regimes, den politischen Islam aufzubauen, so soll er heute unter Druck gesetzt und eingeschränkt werden. Das Vorgehen des Regimes gegen Kräfte, die die Scharia wieder einführen wollen, hat der türkischen und besonders der kurdischen revolutionären Bewegung eine wichtige Gelegenheit verschafft. Zum ersten Mal in der neueren Geschichte ist die Türkei in zwei Gruppen gespalten worden, in die Anhänger der Scharia und in die Laizisten. Unter diesen Bedingungen hätte die revolutionäre Bewegung in der Türkei und in Nordkurdistan den politischen Islam ins Schlepptau nehmen können in ihrem Kampf gegen das Regime. Aber die revolutionäre Bewegung war nicht in der Lage, diese Möglichkeit zu nutzen. Es stellt sich allerdings auch die Frage, ob sich der politische Islam mit der revolutionären Bewegung verbünden würde, dies ist aber ein anderer Punkt. Die kurdische Nationalbewegung hatte aber auf jeden Fall nicht genügend Kraft, so eine Möglichkeit zu nutzen.

Die politische Krise in der Türkei hält weiter an. Auch die Wahlen im April 1999 werden nicht zu einer Stabilisierung der Lage beitragen.

Wenn auch die politische Krise seit Jahren vorherrscht, so meistert die Armee die Krise zugegebenermaßen ziemlich er

folgreich. Die Armee beobachtet seit Jahren diese Krise und festigt ihre Position, indem sie diese Krise lenkt. Natürlich ist das Kurdenproblem der Hauptgrund für die anhaltende politische Krise. Das Regime nimmt in den Kurdengebieten eine völlig verfestigte Position ein, und hierin liegt auch die Langlebigkeit der politischen Krise begründet. Die Gesetze, die die Presse- und Meinungsfreiheit beseitigen, werden nicht aufgehoben, auf dem Gebiet der Menschenrechte gibt es keinerlei Verbesserungen, es ist zwar von Demokratisierung die Rede, aber es werden keine Schritte in diese Richtung unternommen. Es wird auch davon gesprochen, dass die Türkei einen föderativen Charakter annehmen soll, aber auch in dieser Hinsicht wird nichts getan. Es kann auch gar nichts bewegt werden, da mit all diesen Fragen das Kurdenproblem eng verknüpft ist. Die Unterdrückung des kurdischen Volkes hat in den letzten Monaten zugenommen. Dies wird auch in den Fernsehbildern deutlich. Um nur zwei Beispiele zu nennen, in den letzten Tagen haben die Gouverneure von Diyarbakir und den umliegenden Bezirken verboten, dass in diese Gebiete Cassetten in kurdischer Sprache gebracht werden, fast jeder, von dem angenommen wird, dass er sich an einer politischen Aktion beteiligen möchte, wird in Präventivhaft genommen. Diese Unterdrückung wird in der nahen Zukunft auch noch zunehmen, denn sie steht nicht

nur in einem engen Zusammenhang mit den Problemen, die sich aus der Festnahme von Abdullah Öcalan ergeben, sondern auch mit dem Ziel, den Willen des kurdischen Volkes bei den bevorstehenden Wahlen zu unterdrücken.

**Frage:** Das türkische Regime hat das Angebot der PKK zu einem ernsthaften Dialog über die friedliche Lösung des Kurdenproblems mit der gewaltlosen und widerrechtlichen Verschleppung von Abdullah Öcalan in die Türkei und mit der Androhung eines Prozesses gegen ihn beantwortet. Welche Aufgabe stellt sich für die KKP in dieser Situation?

**Mehmet Baran:** Die PKK betreibt eine Politik der Ausnutzung der Widersprüche zwischen der Türkei und den übrigen Staaten in dieser Region. A. Öcalan hat gesagt: *"Wir machen in dieser Region Politik, indem wir alle Schlupflöcher bis zum kleinsten Nadelöhr ausnutzen."* Von diesem Blickwinkel aus müssen auch die Beziehungen der PKK zu den Herrschenden in Syrien, Griechenland, Armenien, Iran und Rußland bewertet werden. Öcalan ist aufgrund dieser Politik an die Türkei ausgeliefert worden. Aber diese Widersprüche und Konflikte verändern sich und können sich abschwächen. Öcalan ist ein Opfer dieser Entwicklung geworden und wird deshalb "ans Kreuz genagelt". Kurz gesagt, wir möchten zum Ausdruck bringen, dass im Nahen Osten, wo sich die politischen Verhältnisse täglich ändern können, eine Politik, die sich mit einem Bein auf die reaktionären Machthaber der Region stützt, keine Zukunft haben kann. Seit 1993 ruft die PKK von Zeit zu

Zeit einen Waffenstillstand aus und teilt der Öffentlichkeit mit, dass sie für eine friedliche, demokratische Lösung sei. Aber der Staat reagiert jedesmal auf die Ankündigung des Waffenstillstandes mit dem Krieg. Auch in Zukunft wird der Staat nicht positiv auf Forderungen dieser Art der PKK reagieren. Der Staat hat heute den Guerillakampf im Vergleich zu früher in beträchtlichem Ausmaße zurückgedrängt. Inzwischen ist der auf ländliche Gebiete konzentrierte Kampf in Nordkurdistan keine Kraft mehr, die den politischen Prozess vorantreibt. Aufgrund staatlicher Zwangsmaßnahmen und teilweise auch als Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung sind in Kurdistan eine Reihe von Metropolen entstanden. So sind wir mit den Problemen eines neuen Kampfes in den kurdischen Städten konfrontiert. Es wird noch eine Zeit dauern, bis Aufstände in den Städten an Größe gewinnen. Die Kampfesstärke der kurdischen Nationalbewegung ist heute weit davon entfernt, dass sie den Staat zu einer politischen Lösung zwingen kann. Es ist die bittere Realität, dass die kurdische Nationalbewegung dem Regime gegenüber seine Position nicht verbessern konnte, sondern diese schwächer geworden ist. Aber das Problem hat noch eine andere Dimension: Öcalan wurde aufgrund eines bestimmten internationalen Komplotts der USA an die Türkei, die hierfür einen hohen Preis zahlen muss, ausgeliefert. Die USA beabsichtigen, Syrien, das sie mit Hilfe Israels und der Türkei in die Zange nehmen, in den "Friedensprozess" im Nahen Osten einzubeziehen, d.h.

aus dieser Region soll für das internationale Kapital ein Rosengarten ohne Dornen gemacht werden. Wenn die USA hiermit Erfolg haben, wird der Einfluss von Rußland und den europäischen Konkurrenten erheblich eingeschränkt werden. Die Türkei hält die Ergreifung Öcalans für einen großen Erfolg. Aber als Gegenleistung für Öcalan, welcher der Türkei auf einem Silberteller offeriert wurde, werden die USA Druck auf die Türkei ausüben. Die USA sehen die Kurdenfrage als ein innenpolitisches Problem an und verlangen, dass unter dem Deckmantel der Demokratisierung den Kurden das Recht auf die eigene Sprache und Kultur eingeräumt wird. Es gibt also Anhaltspunkte dafür, dass in den nächsten Jahren die Unterdrückung der Kurden durch die Republik Türkei abgeschwächt wird, es könnte sein, dass der Staat Verbesserungen hinsichtlich der sprachlichen und kulturellen Rechte vornimmt, ganz unter dem Motto, *"ihr habt es mit Gewalt nicht geschafft, wir aber geben sie euch"*.

**Frage:** Welche Hauptaufgaben stellt sich die KP Kurdistans?

**Mehmet Baran:** Die Kommunistische Partei Kurdistans steht vor zwei Hauptaufgaben. Erstens: Die Weiterentwicklung des Kampfes mit anderen nationalen Parteien und Organisationen gegen den Imperialismus, gegen die regionale Reaktion, gegen das chauvinistische, faschistische Regime der Republik Türkei. Solange die kurdische Nationalbewegung, allen voran die PKK, gegen den Imperialismus und die reaktionären Kräfte in dieser Region eingestellt ist, werden wir gemeinsam diesen politischen



Kampf fortsetzen. Die KKP arbeitet mit der PKK in der "Nationalen Plattform Nordkurdistans", der auch andere kurdische Parteien angehören, zusammen. Kurz gesagt, wir entwickeln den gemeinsamen politischen Kampf gegen den Feind und werden diesen Kurs hartnäckig weiterverfolgen.

Zweitens: Die KKP stellt sich gegen alle Haltungen, die auf einen Kompromiss mit dem Imperialismus und reaktionären Kräften abzielen. Wenn die kurdische Nationalbewegung, obwohl sie einen heftigen Schlag durch die imperialistischen und reaktionären Kräfte in diesem Gebiet erhalten hat, immer noch eine Lösung seitens der imperialistischen Zentren sucht, dann sagt die KKP klipp und klar nein dazu. Die KKP lehnt es ab, dass der Imperialismus ein Partner in einer Lösung der Kurdenfrage ist, und wenn hieraus bestanden wird, dann trennen sich unsere Wege von den politischen Parteien, die auf einer solchen Position beharren.

**Frage:** Welche Wege sieht die KKP, um zu einer friedlichen, gerechten und dauerhaften Lösung des Kurdenproblems zu kommen?

**Mehmet Baran:** Es geht zum ersten darum, was verstehen wir unter Lösung, was streben wir an? In dieser Hinsicht existiert zwischen der KKP und den anderen Parteien ein großer Meinungsunterschied.

Erstens: Die KKP glaubt nicht daran, dass das Problem friedlich gelöst werden kann, der Beweis hierfür ist der andauernde blutige Kampf. Natürlich sind wir für eine friedliche und demokratische Lösung. Aber uns ist klar, dass gegen uns ein faschistischer, chauvinistischer Staat steht, der sich mit blinder

Hartnäckigkeit keiner friedlichen und politischen Lösung annähern will.

Zweitens: Die KKP ist der Auffassung, dass das Kurdenproblem allein mit der Gewährung des Rechts auf die eigene Kultur nicht gelöst werden kann. Wir sehen auch nicht eine nationale Befreiung, die zur Autonomie, einem föderativen oder unabhängigen Staat führt, als eine echte Lösung an. Die KKP ist davon überzeugt, dass erst die nationale Freiheit die Befreiung für unser werktätiges Volk sein kann. Das Problem wird nicht gelöst, indem die türkische Fahne und die türkische Polizei durch die kurdische Fahne und die kurdische Polizei ersetzt werden. Die KKP verteidigt und kämpft für die gesellschaftliche Befreiung im Rahmen der nationalen Freiheit. Im Unterschied zur PKK und den anderen kurdischen Parteien entwickelt die KKP den anti-kapitalistischen Kampf, sie kämpft für den Sozialismus. Wenn die kapitalistische Herrschaft nicht beendet wird, dann wird keine Lösung unserem Volk die wirkliche Freiheit bringen.

**Frage:** Welche Rolle spielt die internationale Solidarität für Ihren Kampf?

**Mehmet Baran:** Es gibt nicht die Feinde und Freunde des Imperialismus, es gibt Interessen. Die Realität des Imperialismus sieht so aus, dass es im Nahen Osten keine Menschenrechte, Demokratie und Frieden gibt. Die jüngsten Ereignisse zeigen nochmals, dass die imperialistischen Mächte im Nahen Osten ihre eigenen Interessen durchsetzen. Als sich Öcalan in Rom befand, wer hat da zu einer Lösung der Kurdenfrage aufgerufen? Wer hat welche

Antworten auf diesen Aufruf gegeben? Die Reaktionen auf diesen Aufruf sind äußerst wichtig und lehrreich. Öcalan hat bekanntlich an die imperialistischen Führer wie Bill Clinton und Tony Blair und auch an den Papst einen Brief geschrieben, in dem er die Adressaten dazu auffordert: "Nehmen Sie sich des Kurdenproblems an und seien Sie die dritte Partei, wie Sie es auch in der Palästinenserfrage und im Falle von Nordirland gewesen sind."

Aber diesen Hilferuf Öcalans haben die imperialistischen Zentren mit seiner Auslieferung an die Türkei beantwortet. Die Arbeiter und Werktätigen dieser Welt und ihre kommunistischen, fortschrittlichen und humanistischen Vertreter sind diejenigen, die sich mit ihren Massenaktionen für die gerechten Anliegen der Kurden und auch für Öcalan persönlich einsetzen. Diese Entwicklung zeigt dem kurdischen Volk sehr deutlich, wer seine echten Freunde sind und auf welche Kräfte es sich stützen kann. Wir wünschen der kurdischen Nationalbewegung, die von der PKK angeführt wird, dass sie aus diesen lehrreichen Entwicklungen die notwendigen Lehren zieht.

Die KKP hat von Anfang an vertreten, dass in der internationalen Solidarität die kommunistische Weltbewegung und die fortschrittlichen Kräfte die echten Freunde unseres Volkes sind und hat deshalb den Kampf in diese Richtung entwickelt. Wir setzen uns für die internationale Solidarität der kommunistischen Weltbewegung ein, um einen kommunistischen Weg in der Kurdenfrage einzuschlagen.

(aus: UZ, Zeitg. der DKP)

# VERHINDERT DEN NAZI- AUFMARSCH AM 22. MAI IN KÖLN

Am 22.5. wollen die NPD/JN und die unabhängigen Kameradschaften gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht. 1941-1945" des Hamburger Instituts für Sozialforschung aufmarschieren, die bis zum 24.5. im Kölner Stadtmuseum gezeigt wird.

**Köln, als eine der letzten Stationen der Ausstellung in Deutschland, wird für die Nazis Anlass sein, noch einmal zu versuchen, einen großen Aufmarsch durchzuführen.**

**Alle AntifaschistInnen sind dazu aufgerufen, den Naziaufmarsch zu verhindern !!!**

Bisher hat kein anderes Thema zu einer solchen Einigkeit von extremer Rechten und rechtskonservativen bürgerlichen Kräften geführt wie der Versuch, den Mythos von der 'sauberen' Wehrmacht aufrecht zu erhalten. Wie gewohnt hat auch in Köln die CDU bereits im Vorfeld gegen die Ausstellung und ihre MacherInnen gehetzt. Der Kölner CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann schimpfte den wissenschaftlichen Leiter der Ausstellung einen "*konservativen Altkommunisten*".

Sein Parteikollege Harry Blum, Bürgermeisterkandidat der Kölner CDU, sparte ebenfalls nicht mit Komplimenten: "*Heer ist ein extremer Linker*".

Auch die Kölner Nazi-Szene macht gegen die Ausstellung mobil. Das eingespielte NPD/JN-Funktionärsteam, bestehend aus **Achim Ezer** (stellvertretender JN-Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender NRW, ehemals Köln, jetzt im nahen Eschweiler), **Oliver Händel** (ehemals JN-Chef Köln, jetzt im JN-Bundesvorstand, wohnhaft in Dresden, aber immer noch oft in Köln anzutreffen) und **Frank Amberg** (JN-Bundesgeschäftsführer aus dem nahen Burscheid), wird den Aufmarsch organisieren und für die Sicherheit verantwortlich sein. Händel und Ezer organisierten auch schon den Aufmarsch am 1.3.97 in München maßgeblich mit.

Nach der Nazi-Demo gegen die Ausstellung am 24.10.1998 in Bonn mit über 1000 Teilnehmern und auf Grund der guten Kaderstruktur vor Ort rechnen wir damit, dass weit über 1000 Nazis zu dem Aufmarsch am 22.5. anreisen werden. Wir gehen nicht davon aus, dass der Aufmarsch verboten wird, da die Erfahrungen gezeigt haben, dass die Faschos in letzter Instanz immer ihre Demo genehmigt bekamen.

Unser Ziel ist die Verhinderung der Nazi-Demo ! Das heißt, dass wir versuchen werden, so nah wie nur möglich an den Fascho-Aufmarsch heranzukommen. Wir als Antifa K arbeiten im Bündnis "Köln stellt sich quer" gegen die Nazi-Demo mit. Das Bündnis setzt darauf, möglichst viele Leute zu mobilisieren, um den Nazi-Aufmarsch zu verhindern.

**WIR BRAUCHEN EUCH !**

Je mehr Antifas am 22.5. auf der Straße sind, desto eher können wir zeigen, was wir von der großmäuligen Ankündigung der NPD, dass "*die Straße in Köln erstmals seit Jahrzehnten wieder dem nationalen Widerstand gehört*" halten.

**Die Nazis wollen sich am 22.5. um 12.00 Uhr am Holzmarkt (Rheinuferstraße) in Köln sammeln.**

**Es soll ab 10.00 Uhr Gegenaktionen geben. Achtet auf die Ankündigungen !**

**Nähere und aktuelle Informationen gibt es beim Aktionsbündnis gegen den Nazi-Aufmarsch unter**

**0221/9816711 und Fax 0221/9816799. Bürozeiten: Mo, 14-16.00 Uhr; Mi 11-13.00 Uhr und 19.-21.00 Uhr oder im Internet unter:**

**<http://www..is-koeln.de/antifakoeln>**

**Antifa K**

## NAZIS IN WITTEN

**Es ist in Witten wieder einmal soweit, Nazis versuchen, öffentlich Raum zu gewinnen. Längere Zeit war es hier dank entschlossener antifaschistischer Arbeit ruhig. Konnten sich Neonazis früher nur bedingt in der Stadt sehen lassen, sind sie heute wieder frecher geworden.**

**Überall in der Stadt stößt man auf Hetzaufkleber der NPD und etliche laufen offen im Fascho-Outfit durch die Gegend. Plakate werden geklebt und Leute überfallen.**

Zur Bundestagswahl wurden massiv REP-Schilder aufgestellt und die NPD hängte am letzten Tag ihre Schilder auf, um der antifaschistischen Demontage zu entgehen, was aber nur punktuell klappte.

Die Wahlergebnisse für die rechten Parteien waren denn auch für den Raum Witten nicht gut, wobei die REPs besser als die NPD waren.

Aber bei Wahlen schnitten die Nazis in Witten noch nie gut ab, obwohl etliche Leute dies nach den Erfolgen in Sachsen-Anhalt usw. für möglich hielten.

Was aber, wenn REP und NPD zueinanderfinden ?

Deshalb bringt es nichts, sich nach dem Blick auf den Wahlzettel beruhigt zurückzulehnen. Trotz geringer Erfolge bei Wahlen hier bei uns verbreiten sie ihre Hetzpamphlete, agitieren sie und rekrutieren wieder junge Menschen, die sich von billigen Parolen blenden lassen.

Trotz geringer Erfolge bei Wahlen bauen sie wieder ihre Strukturen auf, auf die gestützt sie Andersdenkende, Ausländer, Homosexuelle, Behinderte, Punks terrorisieren und überfallen können.

So geschah es unter anderem im Sommer in Annen, wo ein Mob Neonazis einzelne Punks und Ausländer angriff, was selbst in unserer Lokalpresse Erwähnung fand.

Hier heißt es, sich zu positionieren, sich als Antifaschist zu erkennen zu geben, damit den rechten Hetzern der Raum für ihre Aktivitäten genommen wird.

Gemeinsam mit anderen aus verschiedensten Parteien, politischen und kirchlichen Gruppen entschlossen gegen faschistisches Gedankengut anzugehen, damit nicht schon

wieder rechte Rattenfänger in unserer Stadt meinen, ihre Stunde wäre jetzt endlich gekommen.

Im Bereich Röhrchenstraße trifft man Kids im derbsten Fashostil gekleidet. Groß prangt vom Rücken der Bomberjacke ihr Bekenntnis, zur "Kameradschaft Witten/Dortmund" zu gehören. Da pflegten sich frühere Faschos geradezu dezent zu kleiden mit ihren Ärmelaufnähern a la "Ich bin stolz ein Deutscher zu sein" und doch wurden sie ihnen immer wieder abgerissen.

Die sich gerne den Deckmantel des nationalen Patriotismus umhängenden Republikaner treffen sich regelmäßig in der Gaststätte "Zum Wortel", haben dort ihren Kreisverband wiedergegründet und versuchen, ins "konservative Bürgertum" zu wirken. Plakate und Aufkleber von diversen Neonazigruppen prägen schon bestimmte Teile der Stadt.

Wer die Anzeichen einer aktiven Neonaziszene sehen will, stolpert überall über sie. Hier heißt es anzusetzen, sich mit dieser Szene zu beschäftigen, wer besonders aktiv ist, wer die Fäden in der Hand hält.

Öffentlichkeit herstellen, über die Taten der Neonazis und über ihr geistiges Gift zu informieren.

Betroffenheit in antifaschistische Aktivitäten zu wandeln, dies ist nicht nur für uns schwer, sondern bestimmt auch für den Leser.

Doch wer glaubte, erfolgreiche Antifaarbeit in der Vergangenheit würde heutige Neonazis verhindern, hat sich entweder von damaligen Erfolgen blenden lassen oder hat nicht kapiert, dass Neonazis zyklusmäßig auftreten.

Das politische Klima und der rechte Konsens

in dieser Republik sowie allgemeine Politikunlust in vielen jugendlichen Kreisen macht antifaschistische Arbeit nicht leichter. Doch selbst bei ansonsten politisch desinteressierten Jugendlichen ist ein starkes antifaschistisches Empfinden zu spüren. Diesem zu antifaschistischen Aktivitäten mit einer engagierten Antifa-Arbeit zu verhelfen, sollte eine schöne Aufgabe für viele sein.

#### **Was macht eigentlich...?**

Schon einmal gab es in Witten organisierte Neonazis, die offen agitierten, in diversen Kneipen ihre "Kameradschaftsabende" abhielten und sich an Wahlen beteiligten. So konnte zur Kommunalwahl 1985 der Führer der damaligen Dortmunder "Borussenfront", Siegfried Borchardt (SS-Siggi) auf dem Wahlzettel für die FAP erscheinen. Er machte hier seine ersten politischen Schritte, die ihn später bis in den Bundesvorstand dieses Neonazihaufens führten.

Witten war also eine gute Adresse für Faschisten, bis engagierte Bürger und entschlossene Antifas hier ein Klima gegen faschistische Hetze schufen und die Neonazis aus dem Stadtbild vertrieben.

Führer der damaligen Neonazis war Christian S., ein im Laufe der Zeit langjähriger Führungskader in der Szene, der hier in diversen Gruppen und Organisationen tätig war.

Dann, nach langen Jahren politischer Tätigkeit in der rechten Szene, mehr oder minder erfolgreicher staatlicher Repression und Prozessen, war er auf einmal aus der Szene verschwunden.

Wieder einer, der nicht mehr politisch aktiv, aber immer noch im patriarchalischen, reaktionären Denken verhaftet ist, so dachten viele (wir auch), so stand es vielfach in etlichen Publikationen.

Auch wir zogen uns aus verschiedenen Gründen aus der aktiven antifaschistischen Arbeit zurück, manche zogen weg, andere machten weiter oder legten ihren Schwerpunkt auf andere Themen.

Und dann plötzlich begegneten ihm einige von uns. Christian S. organisierte Musikver-

anstaltungen und sofort waren wieder die alten Bilder von ihm im Kopf.

Doch dann kam man ins Gespräch, ohne dass für ihn zuerst klar wurde, woher seine Gesprächspartner ihn kannten.

Dies und andere Gespräche nach Musikveranstaltungen haben uns sehr überrascht.

Wir erlebten einen Menschen, der für uns früher für die lokale Neonaziszene stand, der aber sein Denken glaubhaft gewandelt hat.

Der sich selbst und sein damaliges Handeln in Frage gestellt hat, heute ein völlig anderes Leben und Ansichten lebt, welche mit faschistischen Positionen nichts mehr zu tun haben. Daher haben wir seinen Namen abgekürzt, wer sich mit Antifaarbeit auskennt, weiß sowieso, wer gemeint ist.

Wer's nicht glaubt, soll ihn ruhig mal ansprechen, nach unseren Erfahrungen weicht er einem Gespräch nicht aus.

Um keine falschen Eindrücke entstehen zu lassen, dies macht sein früheres Handeln nicht ungeschehen, wir wünschen uns nur aktuelle Infos und keine veralteten Informationen in Zeitungen, was wir an diesem Beispiel zeigen konnten.

#### **What's up - über uns**

Wir sind eine Gruppe von Menschen, die sich über die lokale Antifaarbeit politisiert haben.

Das war einmal der Beginn für uns, sich mit einem anderen Politikansatz als dem üblichen Mainstream zu beschäftigen. Dies ist auch heute noch ein guter Einstieg für junge engagierte Leute.

Manche stiegen danach in andere Politikfelder ein, an uns ging auch nicht der allgemeine Trend vorbei, sich zurückzuziehen. Das hatte verschiedene Gründe, so war eine Stagnation in der Antifaarbeit zu beobachten, für viele war die Sache erledigt, als die Nazis nicht mehr so aktiv waren.

Vermehrter Gebrauch von harten Drogen forderte im Umfeld der Antifa viele Opfer, ein Problem, wozu sich viele nicht verhielten.

Hinzu kamen bei einigen politische Sinnkrisen oder die Lebensumstände änderten sich einfach, wo kein Platz für eine kontinuierliche politische Arbeit mehr war.

Nun, wir finden es wichtig, dass sich gerade jetzt hier wieder was bewegt. Deshalb haben wir uns zusammengefunden, um dieses Antifablatt zu machen. da wir selbst als Gruppe so nicht weitermachen können, hoffen wir, anderen, neuen Leuten, Möglichkeiten zu geben, um selbst was auf die Beine zu stellen. Wir lehnen uns in der Aufmachung an eine Zeitung an, die es hier mal gegeben hat und

die von wechselnden Leuten gemacht wurde (die ANTIFACTS).

Übernimmt den Titel ANTIFA NEWS, macht Eure eigene Zeitung, nehmt Kontakt auf zu noch agierenden AntifaschistInnen und Ihr seht, Ihr seid nicht allein. Schimpft nicht über den Nazidreck, der Euch ankotzt - werdet aktiv !

### Die Schnellmerker-Ecke

Nazis, die auffielen:

#### Karsten Köppe, Ledderken 35

Trieb sich früher oft bei den Leuten an der Johanniskirche herum, läuft stets im vollen Faschooutfit durch die Stadt und macht in Witten auf den Oberwichtigmann.

Scheint eine zentrale Figur zu sein, da oft Naziwagen im Ledderken vor seinem Haus stehen, ebenso wie Bullenwagen.

Zu Nazidemonstrationen trafen sich andere Nazis bei ihm und fuhren gemeinsam im orangenen VW-Bus mit ST-GS Kennzeichen los, der auch schon in Wattenscheid bei der NPD-Zentrale gesehen wurde.

Bei einem Angriff auf Punks und Ausländer in Annen fiel ein alter grün-metallic Ford-Escort EN-MV 107 auf, aus dem Neonazis stiegen.

Halter ist **Johann Brandt**, ein Altnazi. Anzunehmen ist, dass sein Sohn **Martin Brandt, Schückingstr. 2**, diesen benutzt und so als einer der Fahrer des Überfalls feststeht.

Die REPs treffen sich regelmäßig im "Zum Wortel" auf der Annenstr.

#### Tips für angehende Antifas:

**In Witten trifft sich das Aktionsbündnis gegen Rassismus jeden 1. und 3. Donnerstag in der Werkstatt.**

MIT EINER  
**SOLARANLAGE**  
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



**SWB**  
Sonne- und Windenergieanlagenbau GmbH  
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung  
Karl-Hermann Str. 14  
45701 Merten  
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen  
Sanitärinstallationen  
Elektrikinstallationen

Solaranlagen  
Regenwassernutzung  
Brennwertkessel

Theater Kunst

Jonglieren

Artistik

**BALANCE**

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5  
Öffnungszeiten: 10<sup>h</sup>-18<sup>h</sup>  
Samstags 10<sup>h</sup>-14<sup>h</sup> & langer Samstag

**LESERBRIEF**

Seit Jahren lese ich regelmäßig die AntifaZ, und sie ist mir immer mehr ein wichtiger Begleiter geworden bei der Einschätzung der Entwicklung von Rassismus und gesellschaftspolitischer Entwicklung "nach rechts".

Mit ihren fundierten "Hintergrundberichten" und Informationen hilft mir die AntifaZ, mein demokratisches Bewusstsein nicht nur nicht einschläfern zu lassen, sondern sensibel und wach zu halten.

Von daher interessieren mich sowohl die regionalen Berichte als auch die landesweiten wie z.B. über die staatliche Verfolgung der Passauer AntifaschistInnen.

Als ich am Vorabend der Bundestagswahl, von einer längeren Auslandsreise zurückgekehrt, in Passau die Grenze überschritt, merkte ich schnell, dass ich wieder in Deutschland war. Ein Großaufgebot der Polizei schützte eine Wahlkundgebung der DVU und ging gleichzeitig gegen einzelne Gegendemonstranten rabiat vor. Die Polizei scheute sich auch nicht, einen Sprecher der Passauer AntifaschistInnen, nachdem der die staatliche Verfolgung öffentlich angeprangert hatte, gewaltsam aus der Menge herauszugreifen.

Aber auch andere aktuelle Berichte und Kommentare wie z.B. über die "doppelte Staatsbürgerschaft" oder auch internationale Berichte und Stellungnahmen wie z.B. zum verlogenen Spiel der westlichen Regierungen im Fall Öcalan gaben mir Argumentationshilfen in der Auseinandersetzung mit weniger informierten Menschen.

Ich gebe die AntifaZ auch weiter an Freunde mit der Bitte um Weitergabe. So gab ich die letzte Ausgabe an einen Herner Lehrer, damit der das Material der "Gelben Seiten" ("Herne unterm Hakenkreuz") als Unterrichtsmaterial einsetzen kann.

Besser wäre es natürlich, wenn sich noch mehr Menschen entschließen könnten, die AntifaZ zu abonnieren und darüber hinaus durch eigene Berichte und Leserbriefe die Zeitschrift auf eine breitere Basis stellen würden.

Siegfried Hellig (Castrop-Rauxel)

***NEWS AUS DEM REVIER***

Recklinghausen, 7.5.1999

**SPD-Ortsvereine gegen Minarett-Bau**

Schon seit Jahren versucht der in Recklinghausen-Süd ansässige "Islamische Kulturverein Diyanet", seine dortigen Vereinsgebäude, die auch als Moschee-Räume genutzt werden, auszubauen und auf dem Gelände zusätzlich ein Minarett zu errichten.

Inzwischen hat sich eine Ablehnungsfront unterschiedlicher Couleur gebildet:

Zum einen macht eine von der NPD unterstützte Bürgerinitiative mobil gegen jegliche Moschee auf Recklinghäuser Gebiet, aber schon gar nicht in der Süder Nachbarschaft.

Es wird das Gespenst "islamischer Dominanz" im Stadtteil beschworen, außerdem wird "den Türken" vorgeworfen, in der "Türkei den christlichen Glauben zu unterdrücken"

Die NPD erdreistete sich sogar, einen "Bürgerantrag" an den Rat der Stadt zu stellen, in dem jegliche Unterstützung für Moscheen auf Recklinghäuser Stadtgebiet abgelehnt wird. Der Rat lehnte den Antrag natürlich entsprechend "empört" ab.

Sehr glaubwürdig erscheint diese Ablehnung allerdings nicht, denn zum anderen wird der Minarett-Bau inzwischen von den SPD-Ortsvereinen Süd, Bruch, Grullbad und König Ludwig ebenfalls abgelehnt, mit durchsichtigen Argumenten: Man befürchte, dass der ge-

plante Bau einen zu großen Strom islamischer Gläubiger zu den Gottesdiensten mit sich bringe und die "umliegenden Straßen dann ständig zugeparkt" würden. Die SPD versucht, das Vorhaben "baurechtlich" zu Fall zu bringen und bietet dem Islamischen Kulturverein Ersatzgrundstücke an - fern von jeder Wohnbevölkerung, in der Nähe des Hohenhorster Stadions. Ein besonderer Skandal ist die Tatsache, dass sich inzwischen auch die IGBCE den Aufrufen gegen den Bau eines Minarets angeschlossen hat.

**Essen, 4.5.1999**

### **Prozess gegen Lens-Hooligans**

Zur Zeit läuft vor dem Essener Landgericht der Prozess gegen 4 Hooligans, die am 21. Juni 1998 nach dem WM-Spiel Deutschland-Jugoslawien den französischen Polizisten David Nivel zusammengetreten und lebensgefährlich verletzt hatten.

Durch Zeugenaussagen, insbesondere durch die Fotos des Österreicherers Walter S., wird inzwischen vor allem der Gelsenkirchener Andre Zawacki schwer belastet.

Die Anklage der Staatsanwaltschaft lautet auf versuchten Mord, schwere Körperverletzung und schweren Landfriedensbruch. In der Anklageschrift heißt es:

*"Die Angeschuldigten handelten aus Lust an einer körperlichen Misshandlung und fügten dem wehr- und schutzlosen Opfer ohne jeden Anlass schwerste Verletzungen zu, die letztlich in der Vernichtung eines Menschenlebens enden sollten."*

Nivel war erst nach sechs Wochen aus dem Koma erwacht und wird sich von den Folgen wohl nie wieder erholen

Vor Gericht war bisher als einziger der Hamburger Tobias Reifschläger bereit, eine Aussage zu machen.

Jegliche Aussage verweigert bisher der Magdeburger Christopher Rauch, während die beiden Gelsenkirchener Frank Renger und Andre Zawacki ihre Handlungen "bedauern".

Sogenannte Hooligan-Fachleute widersprechen sich in der Einschätzung, ob die Tat eine Hooligan-typische sei. Die einen wie Michael Gabriel von der Koordinationsstelle Fanprojekte bei der Deutschen Sportjugend verneinen dies, eines der ungeschriebenen Hooliga-Gesetze sei: "Nur Mann gegen Mann", Polizei-Fachleute widersprechen dem: Es gebe kein derartiges Tabu unter Hools, die träten auch dann noch zu, wenn einer wehrlos am Boden liege.

**Recklinghausen, 15.5.1999**

### **Aussiedlerbeauftragter Welt stoppt rechte Unterwanderung**

Der Bundesregierung "fiel auf", dass es sich bei dem "Freundschafts- und Hilfswerk Ost" (HWO) um eine von der NPD gesteuerte rechtsextreme Vereinigung handelt. Aussiedlerbeauftragter Jochen Welt, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Recklinghausen, hatte bemerkt, dass das HWO im Vertriebenenblatt "Der Schlesier" (Verlagsort: Recklinghausen) einen Spendenaufruf für "deutsche Begegnungsstätten in Polen" veröffentlicht hatte. Außerdem bot sich im "Schlesischen Wochenblatt", einer Zeitung der deutschen Minderheit in Polen, der HWO-Vorsitzende als "Helfer der Deutschen im Osten" an.

Das HWO, "nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes eindeutig als rechtsextremistische, von der NPD beeinflusste Organisation zu werten", sammelte u.a. Spenden für eine Begegnungsstätte in Breslau. Dort hatte die Bundesregierung ein Haus für die deutsche Minderheit gekauft und renovieren lassen.

Welt bestellte nun die Repräsentanten der deutschen Minderheit in Polen nach Bonn. Nach seinen Angaben führten sie die Unterwanderung auf die "Unwissenheit der regionalen Vertreter in Breslau" zurück. In der jüngsten Ausgabe des "Schlesischen Wochenblatts" wird nun vor den Praktiken deutscher Rechtsextremisten gewarnt.

## **EUROMÄRSCHGE GEGEN KRIEG**

Die Ausweitung des Billiglohnsektors und der Sozialabbau standen ursprünglich im Mittelpunkt der Protestaktionen der "Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Ausgrenzung und Rassismus".

Die Mobilisierung gegen den kommenden EU-Regierungsgipfel in Köln lief bereits auf Hochtouren, als die NATO ihre Luftangriffe auf die Bundesrepublik Jugoslawien startete.

Wenige Wochen später traf sich die europäische Koordination der Euromärsche und beschloss, am 29. Mai, dem Tag der europäischen Großdemonstration, auch gegen den Balkankrieg zu protestieren. Nun heißt das Netzwerk "Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Krieg".

Am 8. Mai demonstrierten mehrere zehntausend Menschen in Berlin gegen den Krieg im Balkan. Horst Schmidthener, Vorstandsmitglied der IG Metall, machte darauf aufmerksam, dass weder die Unternehmen, "die seit Jahren Waffen in die Region liefern", noch die "politischen Eliten" den Militäreinsatz bezahlen werden. "Auch diesmal werden die offenen Rechnungen den abhängig Beschäftigten, den Arbeitslosen und den sozial Bedürftigen präsentiert werden", so Schmidthener.

Der EU-Gipfel vom 3. und 4. Juni wird beide Themen behandeln: Er plant einen "Beschäftigungspakt", mit dem die Erwerbslosigkeit durch Ausweitung von Billigjobs bekämpft werden soll; und den Aufbau einer europäischen Militärstruktur unter dem Dach der NATO. Die gleichen Politiker, die sich für eine weitere Demontage der Sozialsysteme aussprechen, sind umstandslos bereit, Milliarden für den Krieg auszugeben.

"Allein eine starke und koordinierte internationale soziale Bewegung kann soziale Veränderungen und eine Umverteilung der Reichtümer erzwingen", heißt es in einem Aufruf zur europaweiten Demonstration.

**29. Mai - Europäische Demonstration gegen  
Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung,  
Rassismus und Krieg**

**Köln, 28. Mai, 15.00 Uhr, Ebertplatz:**

**Empfang der EuroMärsche**

**29. Mai, 12.00 Uhr: Auftaktkundgebung  
am Hohenzollernring/Rudolfplatz**

**14.30 - 17.30 Uhr: Demonstration**